

Resiliente
Schweiz?

Goodbye

Reduit!

Resiliente Schweiz? Goodbye Redit!

CHANCENBAROMETER
AUSGABE 6

Editorial: Zuversicht und Tatkraft	1
Bundesrat Martin Pfister: Moment in der Geschichte	3
Trendanalyse 2020-2025: Mehr Vertrauen	5
In Kürze: Resiliente Schweiz? Goodbye Reduit!	10
Ist die Schweiz bereit für eine Welt im Umbruch?	13
Defizite im Umgang mit äusseren Gefahren	13
Vertrauen in innere Stärken	16
Mehr Kooperation, mehr Abgrenzung	25
Ansehen und Perspektiven der Schweiz	25
Länder und Organisationen: Gemeinsame Werte	29
Europa und darüber hinaus: Partner für Handel und Sicherheit	35
Resilienz und flexible Allianzen	42
Allianz der Demokratien und Freihandel	42
Neutralität mit Spielraum und geistige Landesverteidigung	46
Perspektiven für Rüstungs- und Sicherheitstechnologien	49
Fazit Michael Hermann: Wertebasierter Realismus	52
Sechs Handlungsempfehlungen	54
Datenerhebung und Methode	56
Impressum	57

Editorial von Jobst Wagner und Sarah Bütikofer: Mit Zuversicht und Tatkraft

Aus unternehmerischer Sicht ist eine resiliente Schweiz der Garant für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Doch wie navigiert sich ein kleines Land wie die Schweiz durch die Stürme einer Welt im Umbruch? Diese Frage steht im Zentrum der sechsten Ausgabe des Chancenbarometers. Geopolitische Unsicherheiten nehmen zu, sicherheitspolitische Gewissheiten geraten ins Wanken und langwährende Überzeugungen müssen kritisch hinterfragt werden. Aus diesen Gründen haben wir in der diesjährigen Ausgabe des Chancenbarometers dem Thema Sicherheit viel Platz eingeräumt – im umfassenden Sinn: von Verteidigungsfähigkeit über Desinformation bis zum Vertrauen in staatliche Institutionen.

Die Bevölkerung stellt dabei der Schweiz ein gutes Zeugnis aus – einmal mehr, ist man gewillt zu sagen. Nach wie vor zeichnet sich das Land durch hohe politische Stabilität aus. Die Institutionen sind intakt, die direkte Demokratie wird aktiv gelebt und ihr Wert für den gesellschaftlichen Zusammenhalt anerkannt. Kurz: Wir können auf unsere demokratischen und institutionellen Kräfte vertrauen.

Wie die Umfrage aber ebenfalls zeigt, nimmt die Bevölkerung auch Schwächen wahr. Viele Befragte sehen die Schweiz auf militärische Konflikte, Cyberangriffe oder den Druck durch Grossmächte unzureichend vorbereitet. Auch wird die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz von einer überwiegenden Mehrheit angezweifelt.

Fast alle fühlen sich in der Schweiz sicher. Die grosse Mehrheit gibt an, sich «eher sicher» zu fühlen, «sehr sicher» fühlt sich lediglich ein Drittel. Eine Wahrnehmung, die auf Kriminalität und Gewalt im Innern zurückgeführt werden kann, aber genauso der gefürchteten gesellschaftlichen Spaltung oder der befürchteten Aushöhlung des Rechtsstaats geschuldet ist.



Jobst Wagner
Stiftungspräsident
LARIX Foundation.
Innovation
matters. Initiant
StrategieDialog21



Sarah Bütikofer
Projektpartnerin
Sotomo
Co-Studienleiterin

Eine überwiegende Zahl der Umfrageteilnehmenden strebt aber keineswegs Richtung Einigelung der Schweiz. Im Gegenteil: Sie sehen die Schweiz als Teil einer Wertgemeinschaft, besonders mit europäischen Ländern, aber auch erfolgreichen und demokratischen Staaten in Übersee. In dieses Bild passt auch, dass eine grosse Mehrheit weitere Freihandelsabkommen befürwortet. Bezüglich militärischer Sicherheit sprechen sich mehr als zwei Drittel der Befragten für stärkere Kooperationen mit Nachbarländern, aber auch mit der Nato aus. Und eine deutliche Mehrheit sagt Ja zu einer stärkeren Rüstungsindustrie. Ebenfalls mehr als die Hälfte stimmen einer Neutralität mit mehr Handlungsspielraum zu.

An der sechsten umfassenden Befragung, die vom Befragungsunternehmen Sotomo im Auftrag vom StrategieDialog21 durchgeführt worden ist, haben über 5 200 Personen teilgenommen. Das Chancenbarometer liefert damit erneut eine fundierte Grundlage für die Diskussion über die Zukunft unseres Landes,

Das Chancenbarometer zeigt, wo sich bei Herausforderungen Chancen bieten oder bei Defiziten, wie in diesem Jahr besonders sichtbar in der Sicherheitspolitik, ganz konkrete Handlungen angebracht sind. Es ist und bleibt ein Gradmesser für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Ein wacher Blick auf Herausforderungen und Chancen, wie ihn das Chancenbarometer bietet, sind in Zeiten des Umbruchs entscheidend. Das Chancenbarometer will dazu beitragen. Denn nur wenn wir Herausforderungen früh erkennen und entschlossen handeln, kann die Schweiz ihre Offenheit, Stabilität und ihren Wohlstand weiterentwickeln. Zuversicht und Tatkraft sind dafür entscheidend – Eigenschaften, die unser Land traditionell vorwärtsgebracht haben.

Bundesrat Martin Pfister: Moment in der Geschichte

Es komme ihm vor, «als wären nun wir, die an eine scheinbare Friedenszeit gewöhnte und friedensverwöhnte Generation, an der Reihe, noch einmal alles von Anfang an zu durchdenken» sagte der Historiker und Essayist Karl Schlögel vergangenes Jahr in seiner Dankensrede zur Verleihung des Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Es sei eine «Prüfung einer Generation, die unwahrscheinliches Glück gehabt hat und die sich nun unerhört schwertut, Abschied zu nehmen und sich auf den Krieg in Europa und alles, was damit zusammenhängt, einzustellen».



Martin Pfister
Bundesrat
Vorsteher des VBS

Die Gedanken des Osteuropa-Historikers beschreiben treffend eine Erfahrung, die auch wir in der Schweiz machen: Wir sind an einem besonderen Moment der Geschichte angekommen. Wir müssen uns heute mit Szenarien auseinandersetzen, die für viele Menschen in der Schweiz vor zehn Jahren noch undenkbar gewesen wären. Das ist ein gravierender Verlust von Sicherheit. Und es erfordert, dass wir uns im Denken und Handeln neu orientieren.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine jährt sich inzwischen zum vierten Mal, und ein Ende ist derzeit nicht absehbar. Russland hält an seinem Anspruch auf eine Einflusssphäre fest, die über die eigenen Grenzen hinausreicht. Gleichzeitig reduzieren die USA ihr Engagement für die Sicherheit Europas.

Klar ist: Jede Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa trifft auch die Schweiz. Das Verhältnis zu Europa und die Rolle der Schweiz kann uns deshalb nicht egal sein. Unsere Antworten auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen müssen genauso grenzüberschreitend sein wie die Bedrohungen selbst. Ein starkes Europa mit einer solidarischen Schweiz mittendrin ist somit auch ein sicherheitspolitisches Gebot. Damit werden wir uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen müssen.

Für die Schweiz ist es entscheidend, handlungsfähig zu bleiben. Wir brauchen deshalb schnell auf gesellschaftlicher und politischer Ebene ein gemeinsames Verständnis, wie wir uns diesen Herausforderungen stellen, die weit über die Sicherheitspolitik hinausgehen. Aber Sicherheitspolitik ist heute Treiber von politischen Veränderungen.

Wenn wir über Sicherheit sprechen, müssen wir uns auch die Frage stellen, wofür wir eigentlich einstehen. Natürlich schützen wir mit unseren Bemühungen die Souveränität unseres Landes und die Unversehrtheit seiner Bevölkerung. In einem demokratischen Staat meinen wir damit aber immer auch den Schutz unserer demokratischen Rechte, der Selbstbestimmung und unseren Wohlstand, der die Grundlage vieler Freiheiten ist. Daran müssen sich alle Anstrengungen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik messen lassen.

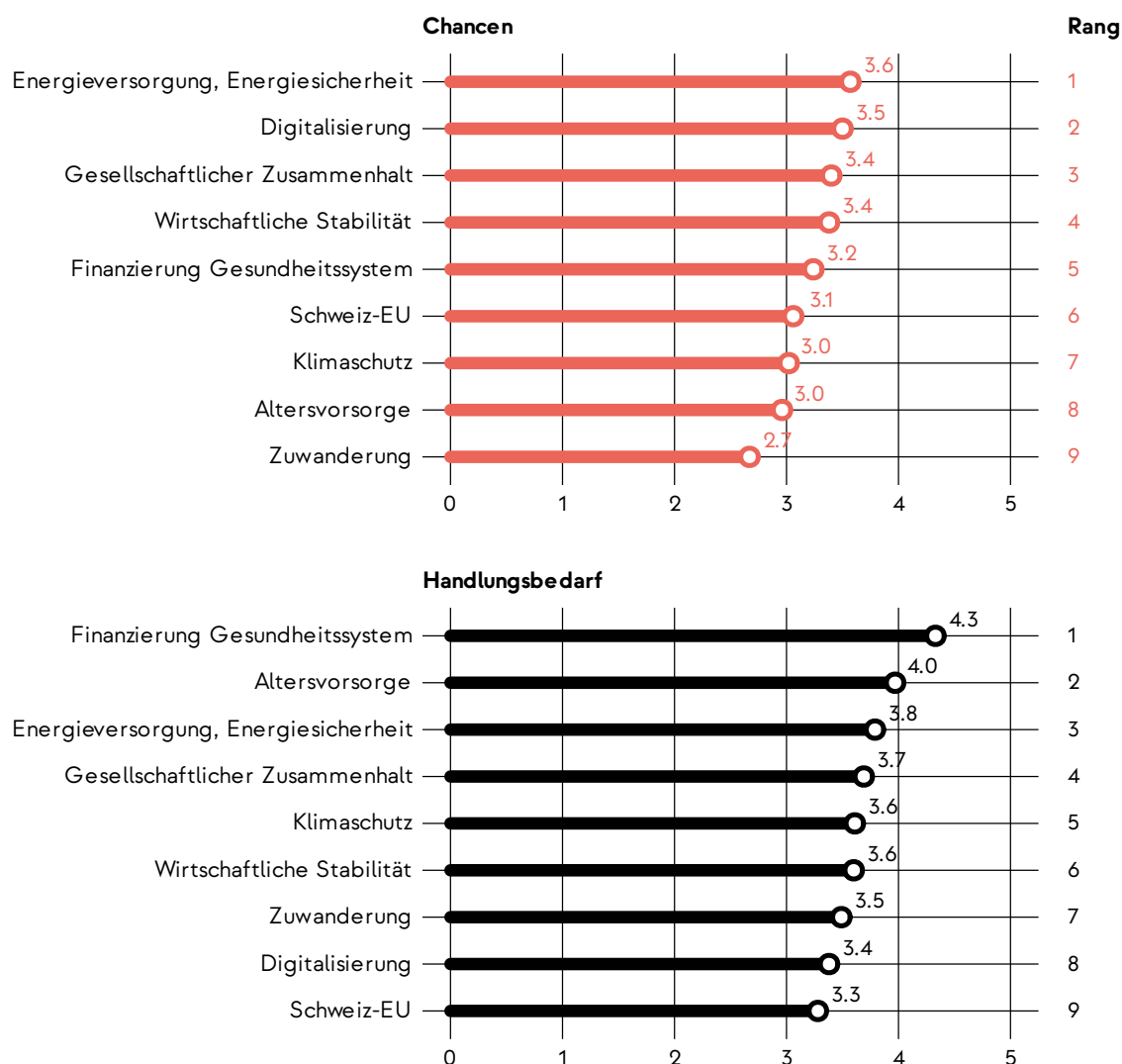
Wie von Karl Schlögel vorgeschlagen, hat für die Schweiz eine Zeit begonnen des erneuten Nachdenkens über ihre Rolle, ihre Stärke und das, was sie schützen will. Es liegt an der Politik, die grossen Stellschrauben neu zu justieren. Ihre Legitimation aber kann nur im öffentlichen Diskurs entstehen.

Trendanalyse 2020-2025: Mehr Vertrauen

Das Chancenbarometer untersucht seit dem Jahr 2020 die Entwicklung der Chancen und des Handlungsbedarfs in der Schweiz von verschiedenen Herausforderungen. Die grössten Chancen erkennt die Bevölkerung im Bereich Energiebedarf, Energieversorgung (Abb. 1). In der Skala von 0 («überhaupt keine Chancen») bis 5 («sehr grosse Chancen») liegt der Durchschnittswert bei 3,6.

Handlungsbedarf und Chancen in der Schweiz (Abb. 1)

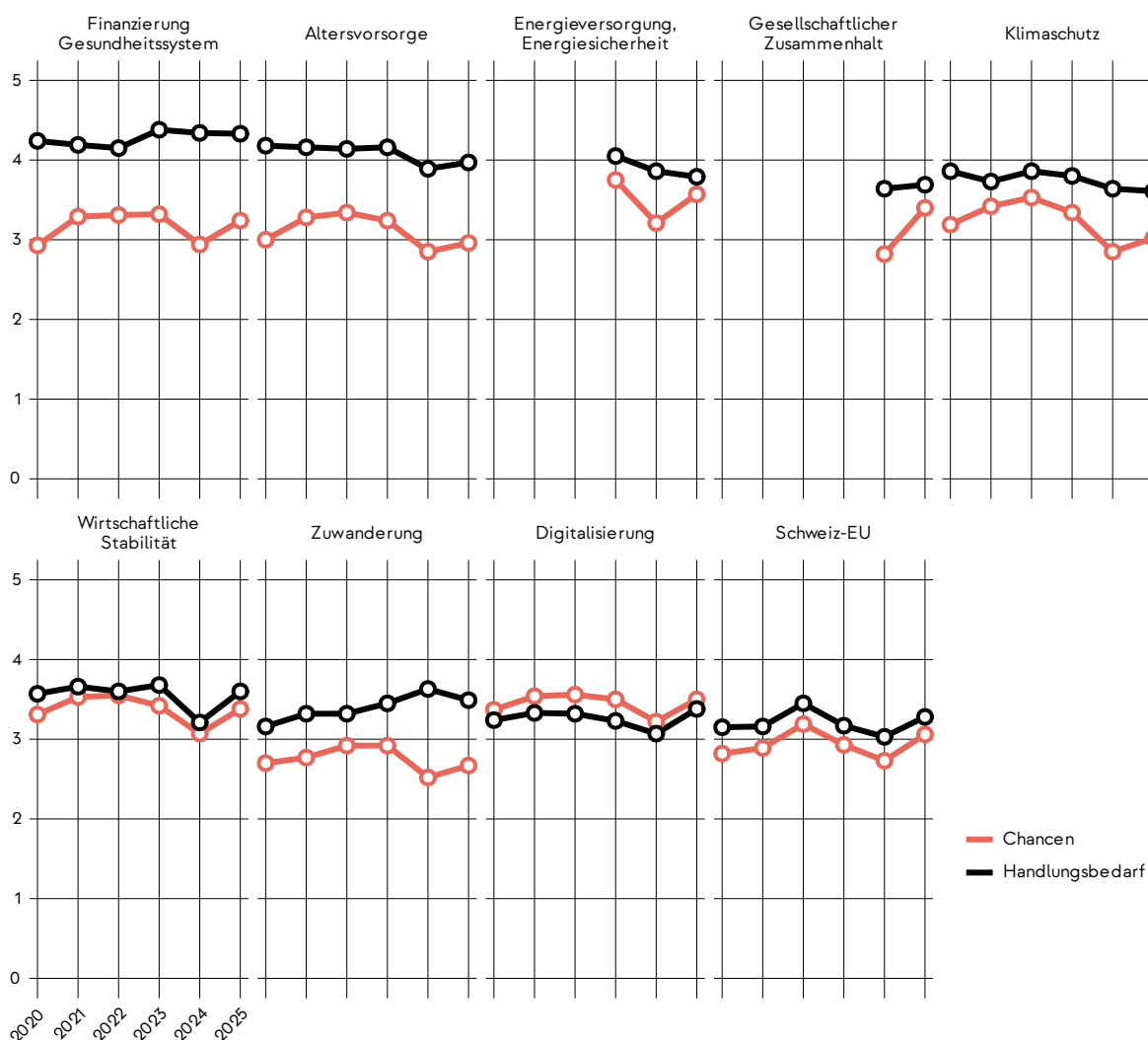
«Welchen Handlungsbedarf sehen Sie persönlich in diesen Bereichen? (Von 0: überhaupt kein Handlungsbedarf, bis 5: äusserst grosser Handlungsbedarf)»; «Mit welchen dieser Herausforderungen verbinden Sie Chancen für positive Veränderungen? Von 0 (überhaupt keine Chancen) bis 5 (sehr grosse Chancen)»



Dies zeigt, dass die Modernisierung und Erweiterung der inländischen Energieversorgung nicht nur als Notwendigkeit, sondern auch als Chance für die Schweiz wahrgenommen wird. An zweiter Stelle folgt die Digitalisierung mit einem Chancenwert von 3,5. Obwohl im medialen Diskurs vermehrt Befürchtungen in Bezug auf KI geäußert werden, sieht die Schweizer Bevölkerung hier durchaus ein positives Potenzial. In den meisten untersuchten Bereichen erkennt die Bevölkerung jedoch mehr Handlungsbedarf als Chancen.

Handlungsbedarf und Chancen in der Schweiz – 2020-2025 (Abb. 2)

«Welchen Handlungsbedarf sehen Sie persönlich in diesen Bereichen? Von 0 (überhaupt kein Handlungsbedarf) bis 5 (äusserst grosser Handlungsbedarf)»; «Mit welchen dieser Herausforderungen verbinden Sie Chancen für positive Veränderungen? Von 0 (überhaupt keine Chancen) bis 5 (sehr grosse Chancen)»



Den grössten Handlungsbedarf nehmen die Befragten bei der Finanzierung des Gesundheitssystems wahr. Die mittlere Einschätzung der Befragten liegt bei 4,3 auf einer Skala von 0 («überhaupt kein Handlungsbedarf») bis 5 («äusserst grosser Handlungsbedarf»). Mit einem Wert von 4 folgt die Altersvorsorge vor der Energieversorgung (3,8). Die Energiethematik ist aus Sicht der Befragten gleichermassen Chance und Herausforderung.

Wie Abbildung 2 zeigt, ist die Bevölkerung der Ansicht, dass der Handlungsbedarf in Bezug auf Klimaschutz und Energieversorgung in den letzten Jahren leicht abgenommen hat.

Eine Trendwende zeigt sich bei der Zuwanderungsfrage. Nachdem hier die gefühlte Dringlichkeit Jahr für Jahr zugenommen hatte, wird nun erstmals eine Abnahme sichtbar. Wieder mehr Handlungsbedarf wird dagegen bei den Beziehungen mit der EU, in Wirtschaftsfragen sowie bei der Digitalisierung gesehen. Diese Themenbereiche haben im vergangenen Jahr, das geprägt war von geopolitischen Umbrüchen, an Virulenz gewonnen. Weit mehr Chancen als im Vorjahr werden mit der Herausforderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verbunden. Dieser Zusammenhalt ist zwar herausgefordert, wird aber von der Bevölkerung zugleich offenbar als Potenzial für die Schweiz gesehen.

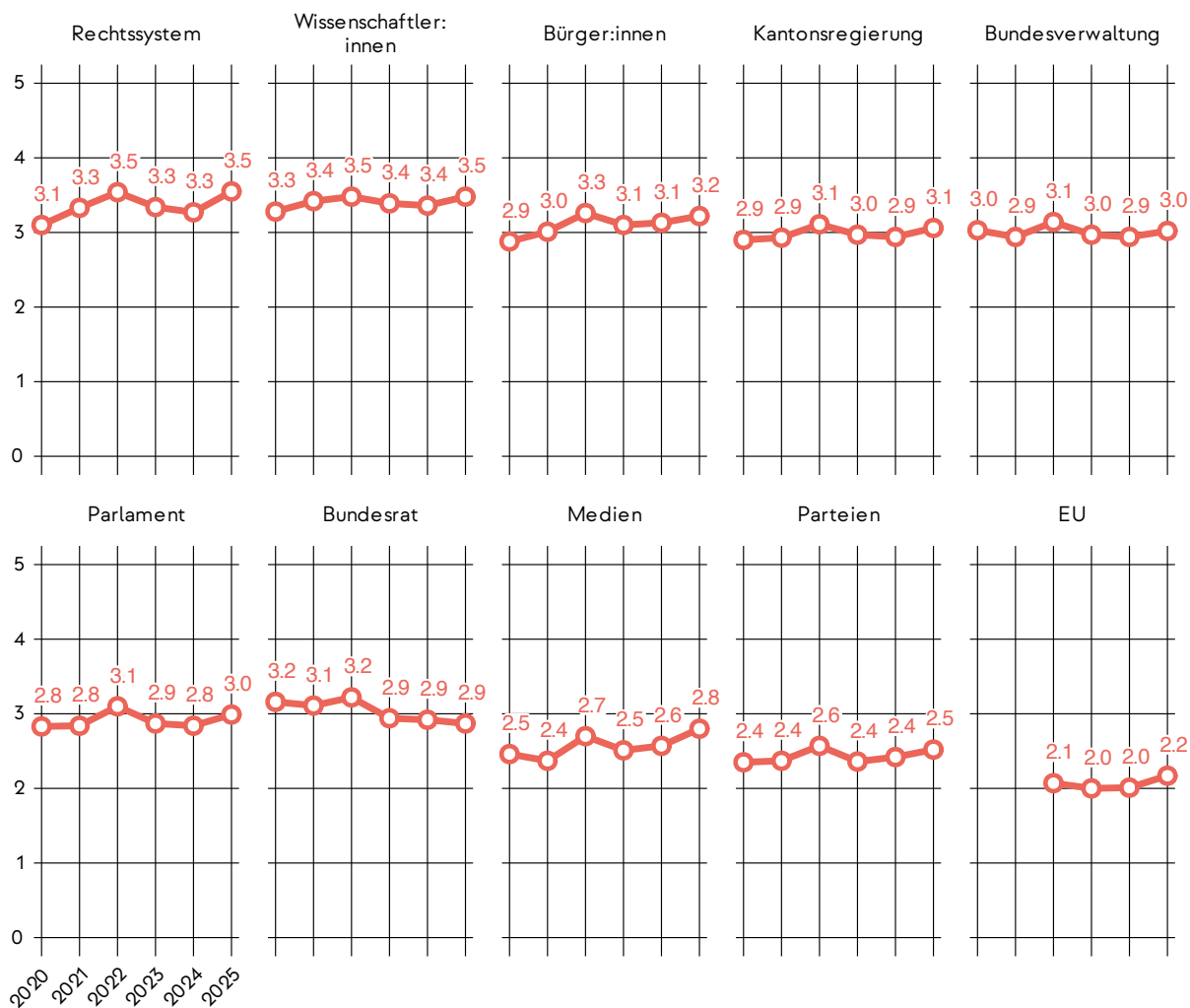
Ausgesprochen stabil ist das Vertrauen der Schweizer Bevölkerung in verschiedenste Institutionen und Gruppen. Merklich angestiegen ist im vergangenen Jahr das Vertrauen in den schweizerischen Rechtsstaat – dies möglicherweise auch angesichts des Powerplays der Grossmacht USA und dem dazugehörigen Zollstreit.

« Merklich angestiegen ist das Vertrauen in den schweizerischen Rechtsstaat – dies möglicherweise auch angesichts des Powerplays der Grossmacht USA und dem dazugehörigen Zollstreit. »

Während der Bundesrat seit 2020 tendenziell an Vertrauen verloren hat, hat das Vertrauen ins Parlament zuletzt zugenommen. Erstmals ist das durchschnittliche Vertrauen ins Parlament (3,0) etwas höher als in den Bundesrat (2,9). Das ist bemerkenswert, schliesslich ist der Bundesrat der Konkordanz verpflichtet, und kann geeinter auftreten als das Parlament. Am tiefsten ist das Vertrauen jeweils in die EU. Es ist allerdings die einzige nicht-schweizerische Instanz, die in diesem Fragekomplex abgefragt wird. Auffällig ist, dass der Vertrauenswert gegenüber der EU im Vergleich zu den Vorjahren leicht gestiegen ist (2,2).

Vertrauen in Institutionen und Gruppen – 2020-2025 (Abb. 3)

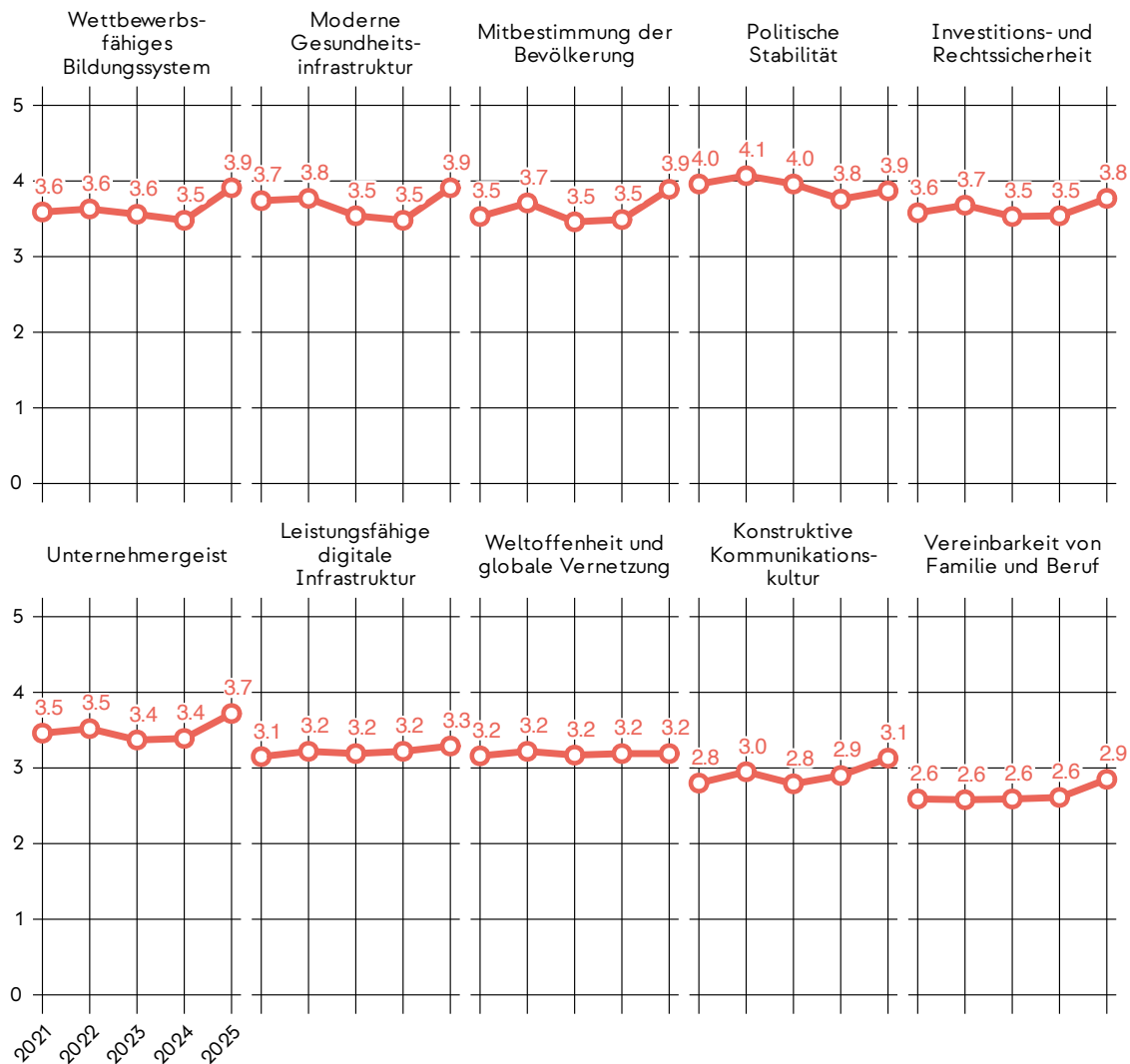
«Wie stark ist Ihr Vertrauen in ... Von 0 (überhaupt kein Vertrauen) bis 5 (volles Vertrauen)»



Das Vertrauen in die inneren Stärken der Schweiz zeigt sich ganz konkret in Abbildung 4. Dargestellt sind Faktoren für den Erfolg der Schweiz. Die Befragten haben für jeden Faktor eine Einschätzung abgegeben von 0 («nur ungenügend vorhanden») bis 5 («voll und ganz vorhanden»). Alle abgefragten Bereiche werden positiv bewertet. In vielen Bereichen zeigt sich eine Trendwende nach oben. Die Bevölkerung blickt positiver auf die inneren Stärken der Schweiz als in den vergangenen Jahren. Sehr ausgeprägt zeigt sich diese Trendwende nach oben beim Bildungssystem und der Gesundheitsinfrastruktur. Dies macht deutlich, dass im Gesundheitsbereich zwar ein grosser Handlungsbedarf in Bezug auf die Kosten gesehen wird, die Bevölkerung aber zumindest die von diesem System erbrachte Leistung positiv bewertet. Deutlich positiver wird aber auch die Möglichkeit zur Mitbestimmung durch die Bevölkerung eingeschätzt.

Vorhandene Voraussetzungen in der Schweiz – 2020-2025 (Abb. 4)

«Sind Ihrer Ansicht nach in der Schweiz diese Voraussetzungen vorhanden?... Von 0 (nur ungenügend vorhanden) bis 5 (voll und ganz vorhanden)»



« Investitions- und Rechtssicherheit sowie Unternehmergeist werden mehr als in den Jahren zuvor als Stärken der Schweiz wahrgenommen. »

In Anbetracht der aktuellen aussenwirtschaftlichen Turbulenzen ist es bedeutsam, dass Investitions- und Rechtssicherheit im Land aber auch der schweizerische Unternehmergeist wieder positiver bewertet werden. In einer turbulenten Welt nimmt die Schweizer Bevölkerung die Bedeutung dieser Schweizer Tugenden stärker wahr als in den Jahren zuvor.

In Kürze: Resiliente Schweiz? Goodbye Reduit!

Das 6. Chancenbarometer untersucht die Schweiz in einer Welt im Umbruch. Wie gut ist das Land gerüstet, um den internationalen Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen? Wie resilient ist ihre Gesellschaft? In der breit angelegten Befragung wurde nach Staaten und Organisationen gefragt, die als zuverlässig wahrgenommen werden. Bei wem erkennt die Schweizer Bevölkerung ein gemeinsames Wertefundament und bei wem nicht? Ganz konkret geht es um die Frage, mit wem die Schweiz stärker kooperieren und gegenüber wem sie mehr Distanz wahren soll. Schliesslich geht es in dieser Studie um Reform- und andere Lösungsansätze, welche die Resilienz und Bereitschaft der Schweiz verbessern, um in dieser Welt im Umbruch zu bestehen. Das sind die wichtigsten Ergebnisse:

Fehlende Verteidigungsfähigkeit – intakter Glaube an innere Stärken

Rund drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer sind der Ansicht, ihr Land sei schlecht gerüstet, um den Herausforderungen einer Welt im Umbruch zu begegnen. Zu diesen Herausforderungen gehören Migrations- und Fluchtbewegungen ebenso wie das Erstarken autokratisch regierter Staaten. Dazu gehören aber auch der politische Druck durch Grossmächte, Cyberangriffe sowie die Zunahme militärischer Konflikte (→Abb. 5). Die Kernerkenntnis lautet jedoch: Die überwiegende Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist der Ansicht, die Schweizer Armee sei nicht gerüstet, um einen konventionellen oder hybriden Angriff abzuwehren (→Abb. 6). Siebzig Prozent gehen ausserdem davon aus, dass die Schweiz bereits heute Ziel von ausländischer Einflussnahme durch Desinformationskampagnen sei (→Abb. 8).

Trotz dieses schlechten Zeugnisses fühlen sich über neunzig Prozent der Befragten in der Schweiz zumindest eher sicher. Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich damit erklären, dass die Schweizer Bevölkerung zwar an der Verteidigungsfähigkeit ihres Landes zweifelt, zugleich fürchten jedoch die wenigsten einen militärischen Angriff auf die Schweiz (→Abb. 11). Das Sicherheitsgefühl wird, wenn schon, durch Kriminalität und Gewalt im Inneren eingetrübt, aber auch der gefürchteten gesellschaftlichen Spaltung. Darüber ist die Bevölkerung stärker besorgt als um die äussere Sicherheit.

Innere Faktoren, wie der in der Schweiz funktionierende Rechtsstaat oder ihre politische Stabilität, tragen zugleich zur Stärkung des Sicherheitsgefühls bei (→Abb. 13). Die Neutralität dagegen ist für weniger als ein Viertel ein wesentlicher Faktor für das eigene Sicherheitsgefühl. Dies alles zeigt: Die Schweiz schöpft ihre Resilienz weit weniger aus ihrer Fähigkeit, äusseren Herausforderungen zu begegnen als aus ihren inneren Stärken. So sehen die meisten die Schweiz zwar nicht genügend gerüstet für den Umgang mit Autokraten, fast drei Viertel der Befragten sind jedoch der Ansicht, dass die schweizerische Demokratie widerstandsfähig gegenüber autoritären Tendenzen ist (→Abb. 15).

Mehr Kooperation mit Nachbarstaaten, EU und NATO

Die Schweizer Bevölkerung ist der Ansicht, dass sich das internationale Ansehen der Schweiz in vielerlei Hinsicht eher negativ als positiv verändert hat. Dies gilt insbesondere für die Schweizer Neutralität, deren Ansehen sich aus Sicht der Mehrheit verschlechtert hat (→Abb. 17). Die Bevölkerung ist zugleich gewillt, mehr Kooperation zu wagen. Über achtzig Prozent nehmen eine hohe Übereinstimmung der Grundwerte der Schweiz mit jenen Nord-, West- und Mitteleuropas wahr (→Abb. 21). Diese Regionen gelten als die zuverlässigsten Handelspartner (→Abb. 25). Neben weiteren hochentwickelten kleineren und mittelgrossen Demokratien gehören auch China und Indien zu den Staaten, die aus Sicht der Befragten als Handlungspartner wichtiger geworden sind. Geht es um Fragen der Sicherheit, wird ein weit verbreitetes Bedürfnis nach mehr internationaler Zusammenarbeit sichtbar. Fast drei Viertel fordern eine stärkere Kooperation mit den Nachbarländern. Mehr als die Hälfte möchte eine stärkere sicherheitspolitische Kooperation mit der EU und der NATO. Die EU wird für die Mehrheit der Befragten nicht nur als wichtiger Handelspartner, sondern ebenso als Kooperationspartner in Sicherheitsfragen angesehen.

Allianz kleiner und mittlerer Demokratien – flexible Neutralität

Die Schweizer Bevölkerung will raus aus dem Redit. Mehr als zwei Drittel sprechen sich für die Bildung einer neuen Organisation der kleinen und mittelgrossen Demokratien aus. Selbst die Anhänger-schaft der nationalkonservativen SVP unterstützt zur Hälfte eine derartige Allianz (→Abb. 29). Wenn es um den Umgang mit Grossmächten geht, wünscht sich eine Mehrheit der Befragten einzig eine stärkere Zusammenarbeit mit der EU. Mit Indien und China wünscht sich die Bevölkerung eine Zusammenarbeit auf gleichbleibendem Niveau. Eher weniger Zusammenarbeit wollen die Befragten mit

den USA und Russland (→Abb. 30). Drei von vier Befragten sind neuen Freihandelsabkommen gegenüber positiv eingestellt – jedoch nicht bedingungslos. Mindeststandards beim Schutz von Menschenrechten und Umwelt sollen eingehalten werden müssen (→Abb. 31).

Eine Mehrheit von 56 Prozent ist der Ansicht, die Schweiz solle die Neutralität eher flexibel auslegen (→Abb. 34). Von einer flexiblen Auslegung der Neutralität erhofft sich eine Mehrheit die Möglichkeit zu einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation mit den NATO-Staaten. Viele Befragte sehen zudem eine Verbesserung des internationalen Ansehens der Schweiz (→Abb. 35). Mehr Flexibilität und Realismus wünscht sich die Schweizer Bevölkerung in Bezug auf eigene Rüstungs- und Sicherheitstechnologien. 58 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz politische Hindernisse reduzieren soll, um die eigene Rüstungsindustrie zu stärken (→Abb. 38). 80 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Schweiz in Rüstungs- und Sicherheitstechnologien investieren soll, die auch zivil nutzbar sind. Rüstungs- und Sicherheitstechnologien werden als Impulsgeber für zivile Nutzungen angesehen (→Abb. 39).

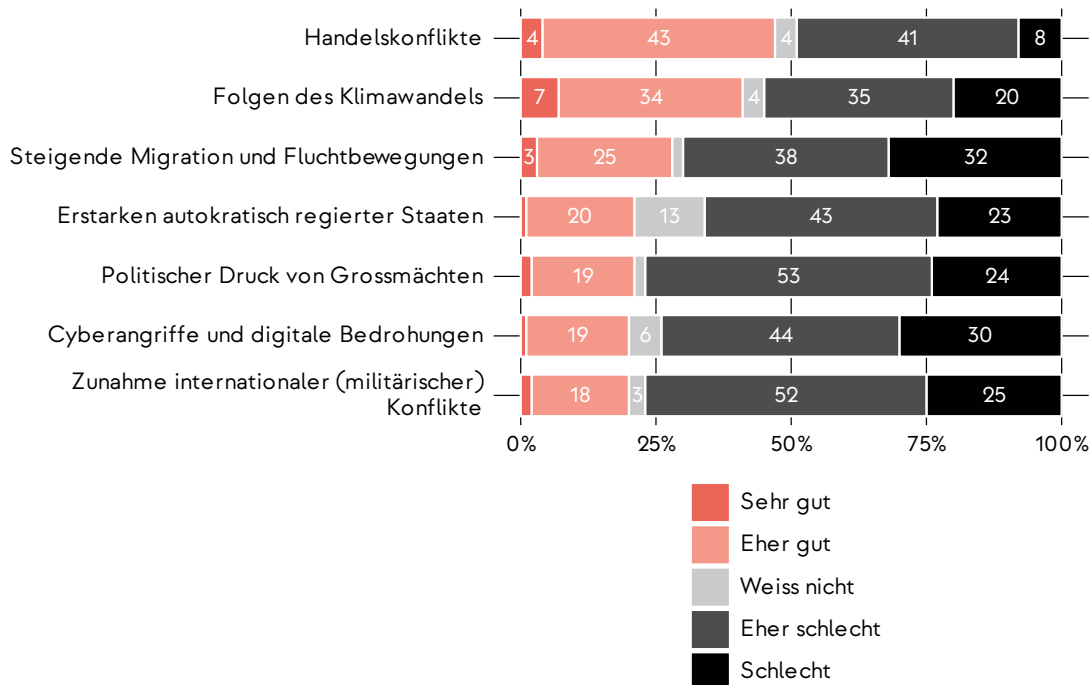
Ist die Schweiz bereit für eine Welt im Umbruch?

Defizite im Umgang mit äusseren Gefahren

Ist die Schweiz gut aufgestellt, um den Herausforderungen der Welt im Umbruch zu begegnen? Die Bevölkerung ist skeptisch. Noch am positivsten ist die Einschätzung in Bezug auf die aktuellen Handelskonflikte. Rund die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass das Land nicht bereit ist, diesen zu begegnen. Etwas mehr als die Hälfte befürchtet, dass die Schweiz eher schlecht auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet ist. Noch breiter ist die Skepsis bei einer Reihe anderer internationaler Herausforderungen: Migrations- und Fluchtbewegungen, Erstarren autokratisch regierter Staaten, politischer Druck durch Grossmächte, Cyberangriffe, Zunahme militärischer Konflikte. Hier sind jeweils rund drei Viertel der Ansicht, dass die Schweiz eher schlecht aufgestellt sei, um diesen internationalen Herausforderungen zu begegnen.

Schweiz vor internationalen Herausforderungen (Abb. 5)

«Wie gut ist die Schweiz Ihrer Ansicht nach aufgestellt, um folgende internationale Herausforderungen zu bewältigen?»

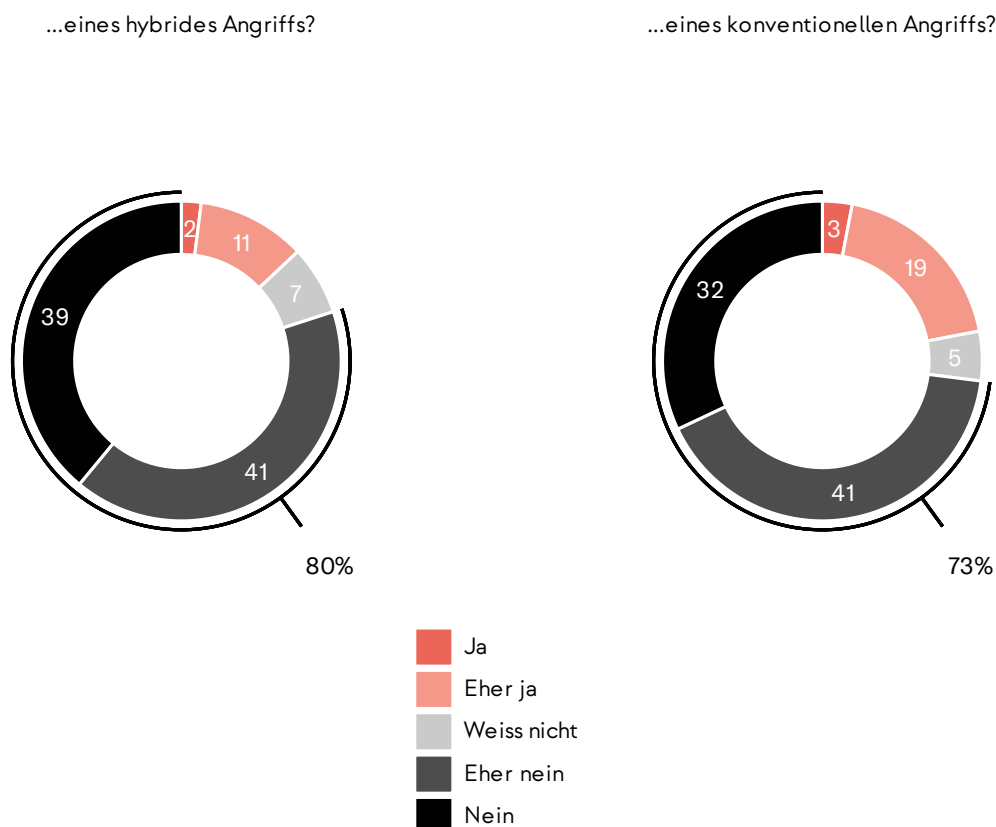


Die Schweiz ist aus Sicht der meisten Befragten schlecht auf die Zunahme militärischer Konflikte vorbereitet. Ganz konkret zweifelt eine grosse Mehrheit an der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee. Drei Viertel der Befragten sind der Meinung, dass die Schweizer Armee einen konventionellen Angriff nicht abwehren kann. 80 Prozent sind gar der Ansicht, dass die Schweiz nicht in der Lage ist, einen hybriden Angriff abzuwehren (Abb. 6). Dabei handelt es sich um kriegerische Angriffe, die konventionelle und unkonventionelle Methoden wie Cyberangriffe, Desinformation und Sabotage kombinieren. Hybride Angriffe finden oft unter der Schwelle der Kriegserklärung statt. Die negative Einschätzung der Verteidigungsfähigkeit wird von allen Bevölkerungsgruppen und politischen Lagern geteilt.

« Die überwiegende Mehrheit ist der Ansicht, die Schweiz sei nicht gerüstet, um einen konventionellen oder hybriden Angriff abzuwehren.»

Einschätzung der Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee (Abb. 6)

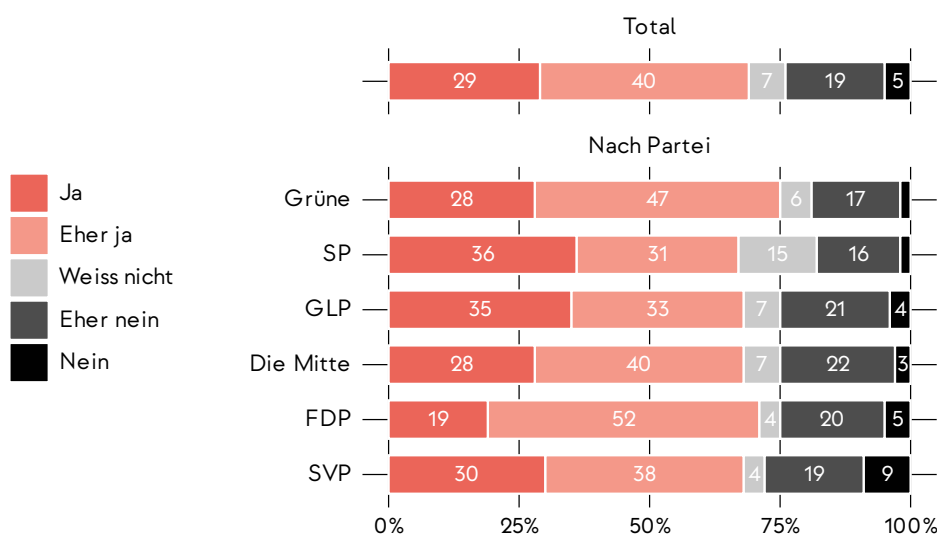
«Ist die Schweizer Armee Ihrer Meinung nach verteidigungsfähig im Falle...»



Ein zentrales Element der hybriden Kriegsführung, aber auch von nicht-kriegerischen Einflussnahmeversuchen, sind Desinformationskampagnen. Aus Sicht der Schweizer Bevölkerung ist die ausländische Einflussnahme mittels Desinformationskampagnen bereits heute Realität. Fast 70 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass ihr Land Ziel von ausländischer Einflussnahme durch Desinformationskampagnen ist. Analog zur Verteidigungsfähigkeit wird auch diese Einschätzung von den verschiedenen Gesellschaftsgruppen auf ähnliche Weise geteilt. Wie Abbildung 7 zeigt, gibt es dabei kaum Unterschiede in der Einschätzung nach parteipolitischer Position.

Ausländische Einflussnahme durch Desinformationskampagnen (Abb. 7)

«Ist die Schweiz Ihrer Ansicht nach eine Zielscheibe für ausländische Einflussnahme und Desinformationskampagnen (z.B. in den sozialen Medien)?»



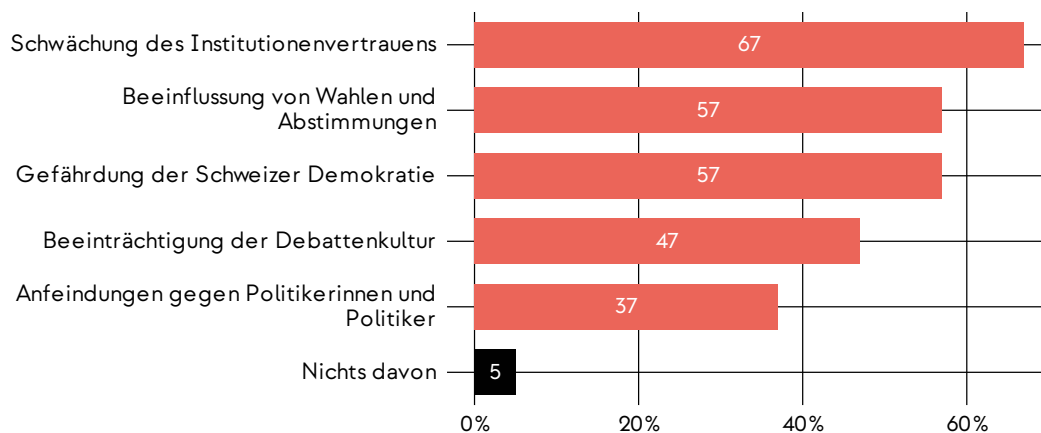
« Zwei Drittel sind der Ansicht, dass Desinformationskampagnen das Vertrauen in die politischen Institutionen schwächen. »

Die Schweizer Bevölkerung geht nicht nur davon aus, dass ausländische Desinformationskampagnen eine Realität sind, sie erkennt auch die eindeutig negativen Auswirkungen, die damit verbunden sind. Zwei Drittel sind der Ansicht, dass Desinformationskampagnen das Vertrauen in die politischen Institutionen schwächen. 57 Prozent sehen darin sogar eine Gefahr für die Schweizer Demo-

kratie. Dies insbesondere, weil eine Beeinflussung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen befürchtet wird (57 %).

Auswirkungen ausländischer Desinformationskampagnen in der Schweiz (Abb. 8)

«Welche Auswirkungen haben Ihrer Ansicht nach Desinformationskampagnen aus dem Ausland in der Schweiz?»



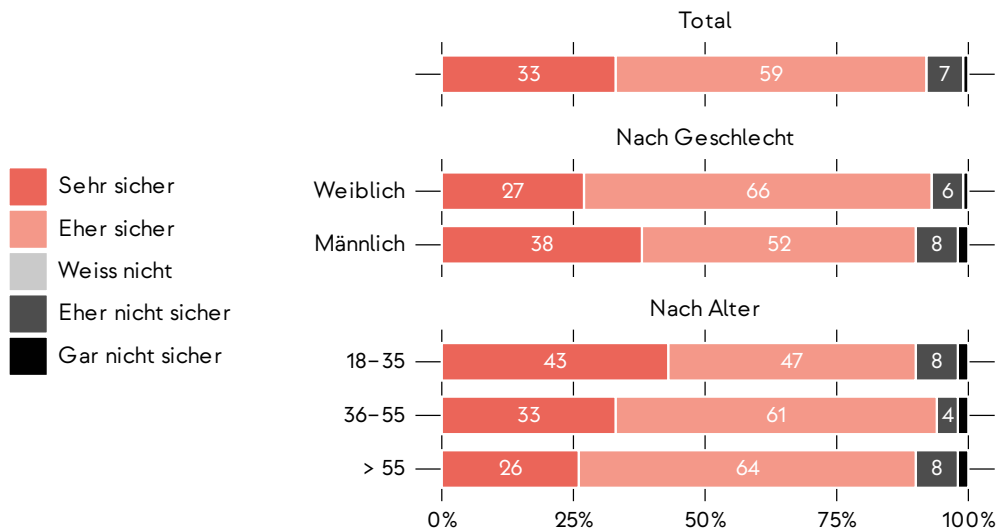
Die Bevölkerung sieht klare Defizite der Schweiz, wenn es um ihre Bereitschaft geht, mit den Herausforderungen dieser Welt im Umbruch umzugehen. Dies betrifft die Verteidigungsfähigkeit der Armee ebenso wie den Schutz vor Desinformationskampagnen sowie den Umgang mit autokratisch geführten Staaten.

Vertrauen in innere Stärken

Trotz der wahrgenommenen Defizite besteht in der Schweizer Bevölkerung weiterhin eine intakte Vertrauensbasis in Bezug auf die inneren Stärken des Landes. So fühlen sich über neunzig Prozent der Befragten zumindest eher sicher in der Schweiz (Abb. 9).

Sicherheitsempfinden in der Schweiz – nach Demografie (Abb. 9)

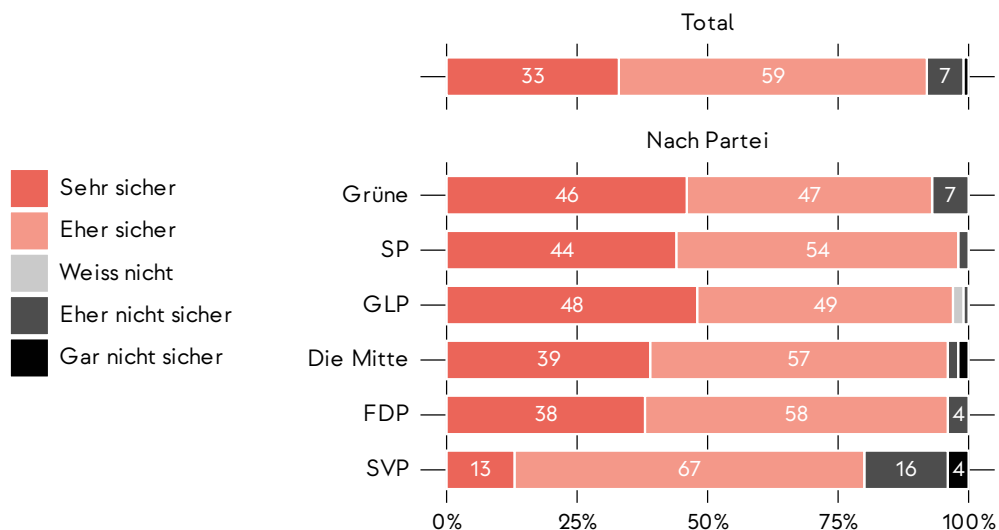
«Wie sicher fühlen Sie sich in der Schweiz?»



Angesichts der politischen Debatten der Gegenwart ist dies ein bemerkenswert hoher Anteil. Die positive Gesamteinschätzung wird allerdings dadurch relativiert, dass sich zwar die meisten in der Schweiz eher sicher fühlen, sehr sicher jedoch nur ein Drittel. Auffällig ist, dass sich jüngere eher sehr sicher fühlen als ältere Personen, Männer eher als Frauen. Zudem fällt auf, dass Befragte, die der SVP nahestehen, sich deutlich seltener sehr sicher fühlen als die Anhängerschaften anderer Parteien (Abb. 10). Dieser markante Unterschied im Sicherheitsgefühl ist offensichtlich ein wichtiger Faktor für den Wahlerfolg der nationalkonservativen Partei, die Gefahren thematisiert und Unsicherheit bewirtschaftet.

Sicherheitsgefühl in der Schweiz – nach Partei (Abb. 10)

«Wie sicher fühlen Sie sich in der Schweiz?»



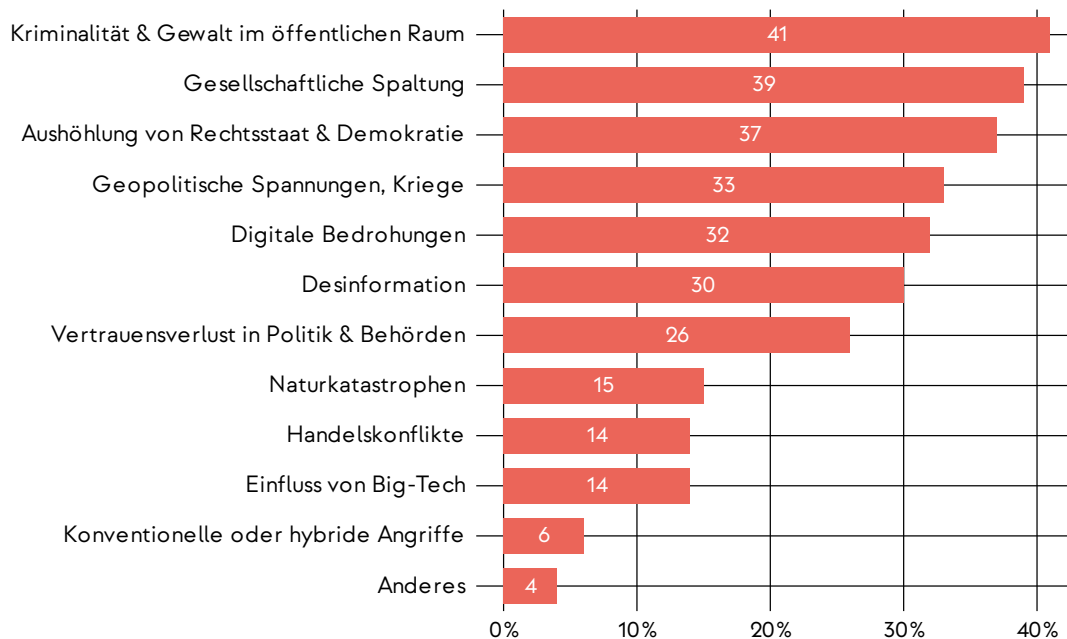
Die Gründe dafür, dass sich die meisten Schweizerinnen und Schweizer bloss eher und nicht sehr sicher fühlen, sind Abbildung 11 zu entnehmen. An erster Stelle stehen Kriminalität und Gewalt im öffentlichen Raum. Hier sehen 41 Prozent der Befragten Defizite. Dies verdeutlicht, dass das Sicherheitsempfinden in der Schweiz wesentlich durch die innere Sicherheit geprägt wird. An zweiter Stelle der wahrgenommenen Gefahren steht die gesellschaftliche Spaltung, an dritter die Aushöhlung von Rechtsstaat und Demokratie. Auch hier geht es um Herausforderungen im Innern. Alle diese Fragen haben jedoch zumindest indirekt mit der Welt im Umbruch zu tun. Die Furcht vor Gewalt und Kriminalität wird oftmals mit der Asyl- und Migrationsthematik verbunden. Rechtsstaat und Demokratie stehen durch autokratische Tendenzen unter Druck. Eine klare Trennlinie zwischen innerer und äusserer Sicherheit gibt es nicht. Rund ein Drittel fürchtet sich vor internationalen Spannungen, vor digitalen Bedrohungen und Desinformationskampagnen. Nur gerade sechs Prozent der Befragten befürchten konventionelle oder hybride Angriffe auf die Schweiz. Dies erklärt, warum sich die Bevölkerung, obwohl sie von einer fehlenden Verteidigungsfähigkeit der Schweiz ausgeht, insgesamt sicher fühlt.

« Nur sechs Prozent fürchten sich vor einem konventionellen oder hybriden Angriff auf die Schweiz. Über vierzig Prozent fürchten sich jedoch um die innere Sicherheit. »

Ein militärischer Angriff auf die Schweiz, selbst ein hybrider, wird von den wenigsten als akute Gefahr angesehen. Innere Sicherheit steht aus Sicht der Bevölkerung als Herausforderung klar vor der äusseren Sicherheit. Ebenfalls selten (14 %) werden Handelskonflikte als Befürchtungen genannt. Jahre des wirtschaftlichen Erfolgs haben der Bevölkerung offenbar Selbstvertrauen in Bezug auf die wirtschaftliche Resilienz ihres Landes verschafft.

Grösste Gefahren für die Schweiz (Abb. 11)

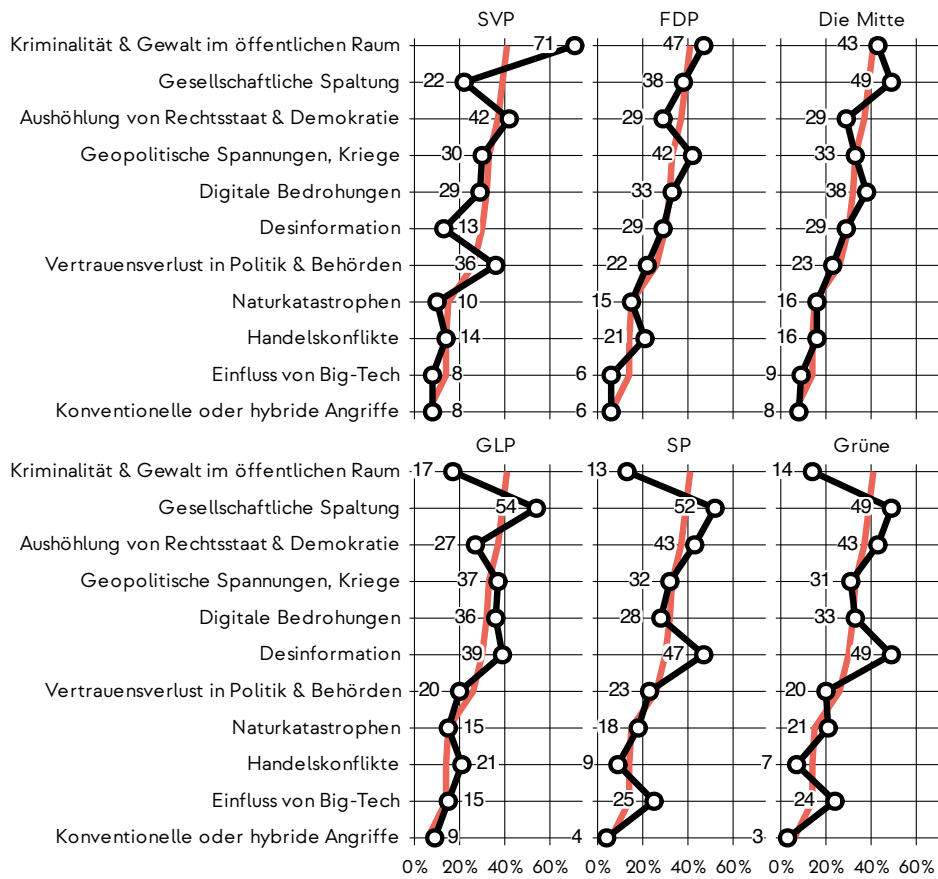
«Und wovor fürchten Sie sich in der Schweiz am meisten?»



Für die Anhängerschaften aller grösseren Parteien sind die Gefahren, die von geopolitischen Spannungen und Kriegen für die Schweiz ausgehen, ähnlich bedeutsam. Einhellig wird zudem die Meinung geteilt, dass konventionelle oder hybride militärische Angriffe auf die Schweiz die Risiken sind, die am wenigsten bedrohlich sind. Diesbezüglich sind sich die Befragten aus dem gesamten politischen Spektrum einig. Grosse Unterschiede gibt es dagegen in der Bewertung von Kriminalität und Gewalt im öffentlichen Raum. Diese sind für die Basis der SVP die klar grösste Gefahr. Im linken politischen Spektrum steht die Furcht vor Kriminalität und Gewalt im öffentlichen Raum dagegen nicht im Zentrum. Im Unterschied zur rechten Seite werden in diesen Kreisen Desinformationskampagnen als eine der wichtigsten Gefahren wahrgenommen.

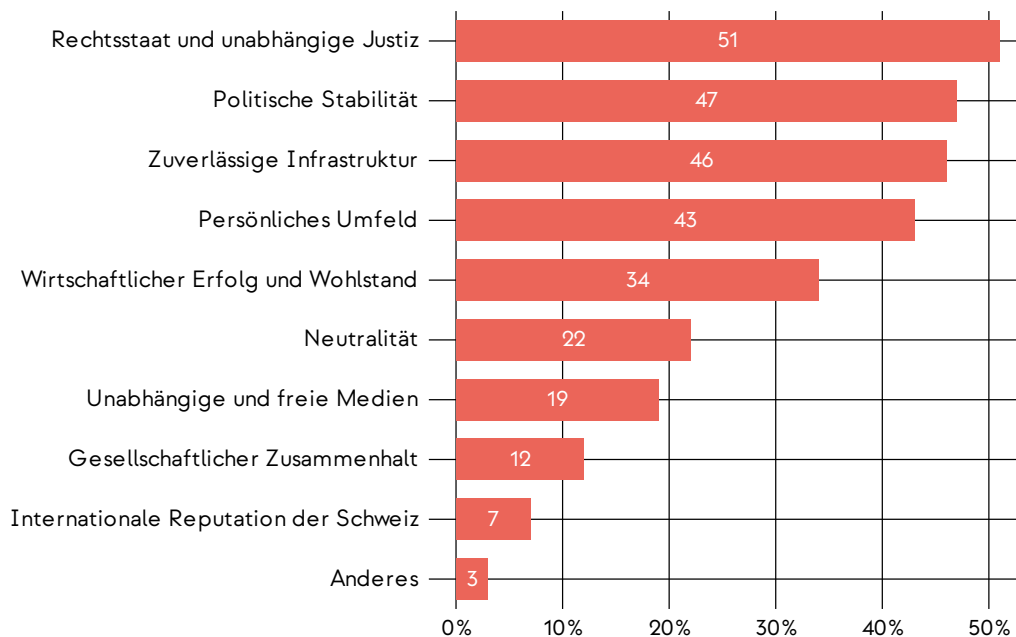
Grösste Gefahren für die Schweiz – nach Partei (Abb. 12)

«Und wovor fürchten Sie sich in der Schweiz am meisten?»



Wenn die Armee und ihre (mangelnde) Verteidigungsfähigkeit keine zentrale Rolle für das relative Sicherheitsgefühl in der Schweiz spielt, welche Faktoren sind es dann? Auch hier sind es vor allem innere Faktoren, die bedeutsam sind (Abb. 13). An erster Stelle steht der funktionierende Rechtsstaat, gefolgt von der politischen Stabilität sowie der zuverlässigen Infrastruktur. Es ist aber auch das persönliche Umfeld, das vielen Befragten Sicherheit vermittelt.

«Was trägt am meisten dazu bei, dass Sie sich in der Schweiz sicher fühlen?»



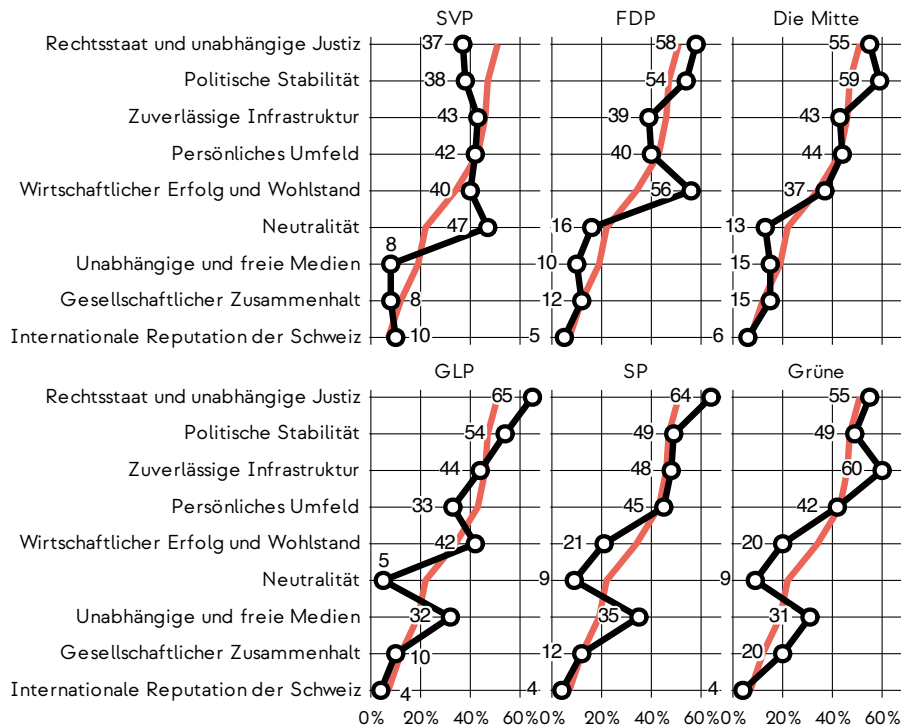
Deutlich weniger häufig wird die Neutralität als Faktor für das eigene Sicherheitsgefühl genannt, nämlich lediglich von 22 Prozent der Befragten. Selten genannt werden mit 19 Prozent auch unabhängige und freie Medien.

« Neutralität ist nur für die SVP-Basis ein Faktor für das Sicherheitsgefühl. »

Die Gewichtung dieser Faktoren hängt von der politischen Orientierung der Befragten ab (Abb. 14). Grosse Einschätzungsunterschiede bestehen insbesondere bei der Neutralität. Für Personen, die der SVP nahestehen, ist die Neutralität ein zentraler Faktor für das eigene Sicherheitsgefühl, für alle anderen nicht. Für Befragte, die der FDP nahestehen, ist dagegen der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz zentral für die Sicherheit. Unabhängige und freie Medien werden vor allem auf der linken Seite (SP, Grüne) und bei der GLP-Basis als substantiell für die Sicherheit betrachtet.

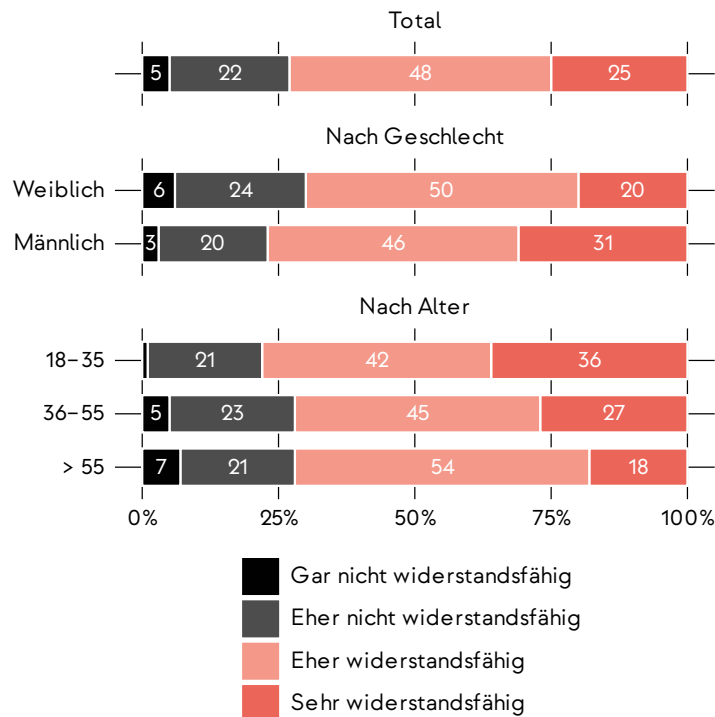
Faktoren für Sicherheitsgefühl in der Schweiz – nach Partei (Abb. 14)

«Was trägt am meisten dazu bei, dass Sie sich in der Schweiz sicher fühlen?»



Wie eingangs gezeigt, findet eine klare Mehrheit, dass die Schweiz eher schlecht aufgestellt ist, um dem Erstarken von Autokratien zu begegnen (Abb. 5). Doch auch hier gibt es eine andere Seite: Fast drei Viertel der Befragten sind der Ansicht, dass das schweizerische politische System einigermaßen widerstandsfähig ist gegenüber autoritären Tendenzen. Trotz Druck von aussen wird diesem System eine innere Stabilität zugeschrieben. Knapp drei Viertel der Befragten teilen diese Ansicht. Dabei sind mehr Männer als Frauen und mehr Jüngere als Ältere der Überzeugung, dass die Schweizer Demokratie sehr widerstandsfähig ist (Abb. 15).

«Wie widerstandsfähig schätzen Sie das politische System der Schweiz gegenüber autoritären Tendenzen ein?»

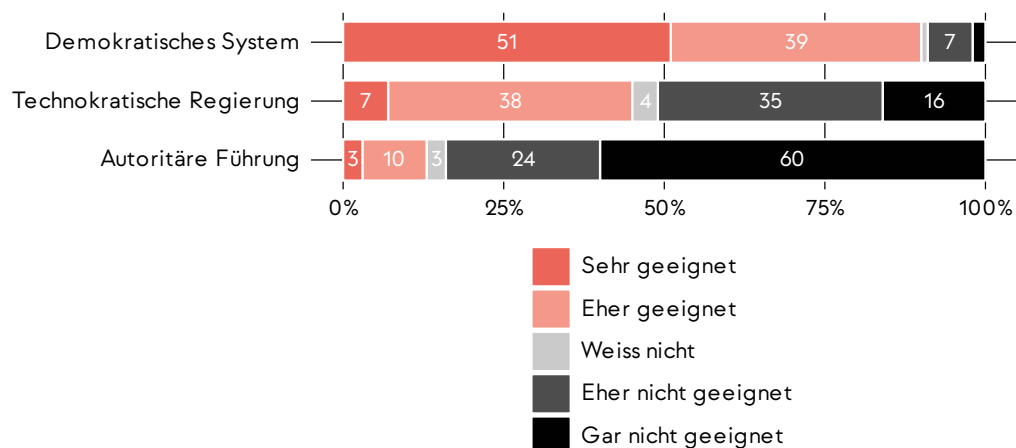


« Neun von zehn Schweizerinnen und Schweizer sind der Ansicht, dass die Demokratie am besten geeignet ist, um die Herausforderungen eines Staats zu bewältigen. »

Dass sich Demokratien besser eignen, um die Herausforderungen eines Staats zu bewältigen, bejahen neun von zehn Befragte. Fast genauso so deutlich werden autoritäre Führungssysteme von der Schweizer Bevölkerung als ungeeignet angesehen, um Krisen zu bewältigen (vgl. Abb. 16). Nur drei von hundert Befragten halten autoritäre Staaten für sehr geeignete Problemlöser, 13 Prozent für eher geeignet. Technokratische Regierungen kommen in der direktdemokratischen Schweiz ebenfalls nicht besonders gut an. 51 Prozent sind der Ansicht, dass sie sich (eher) nicht eignen, Probleme und Krisen von Staaten zu lösen, 45 Prozent halten sie (eher) für geeignet, ein kleiner Anteil hat keine Meinung.

Eignung von Staatsformen zur Problem- und Krisenbewältigung (Abb. 16)

«Wie gut geeignet sind die folgenden Prinzipien Ihrer Meinung nach, um die Probleme eines Staates zu lösen und Krisen zu bewältigen?»



Die Schweizer Bevölkerung hält ihr Land nicht für ausreichend gerüstet, um mit dem Aufstieg autokratischer Staaten umzugehen. Dennoch sind die meisten Befragten überzeugt, dass das politische System der Schweiz nicht anfällig für autoritäre Tendenzen ist und dass die Demokratie die beste Staatsform zur Problembewältigung darstellt. Es sind diese differenzierten Ansichten, die erklären, warum die Schweizer Bevölkerung trotz wahrgenommener Defizite im Umgang mit den Herausforderungen einer Welt im Umbruch gelassen bleibt. Die Bevölkerung vertraut auf die inneren Stärken der Schweiz. Wie wir weiter zeigen, sieht eine Mehrheit dennoch sehr wohl Handlungsbedarf in Bezug auf die Schweiz selbst, aber auch in Bezug auf ihre Beziehungen im internationalen Umfeld.

Mehr Kooperation, mehr Abgrenzung

Ansehen und Perspektiven der Schweiz

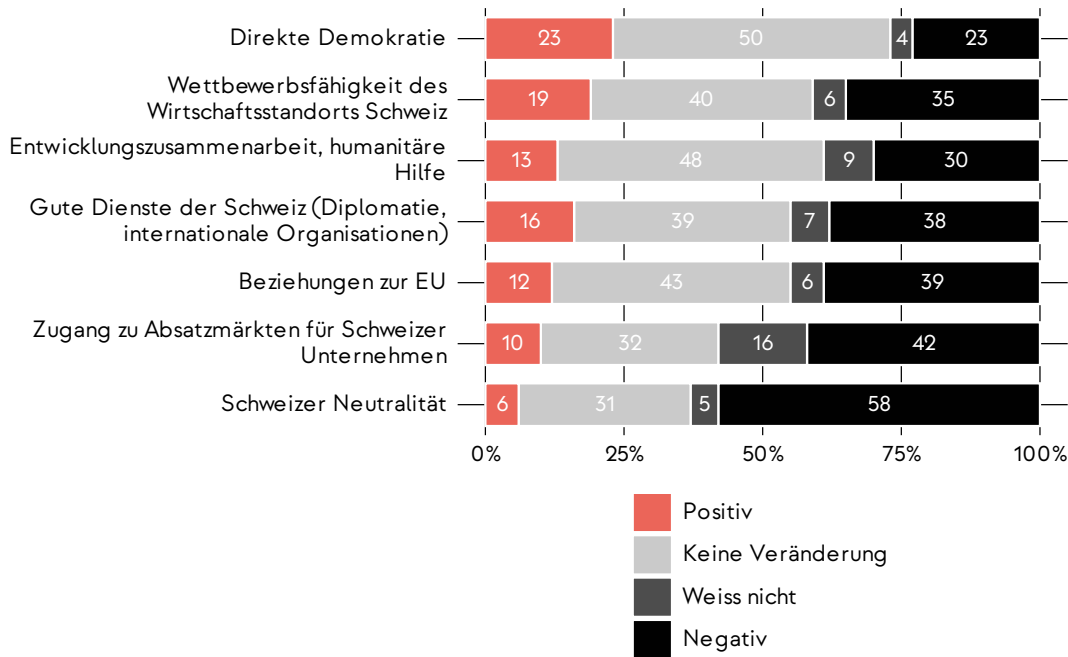
Wie beurteilen Schweizerinnen und Schweizer das internationale Ansehen ihres Landes? Insgesamt sehen die Befragten in der Tendenz eine negative Veränderung der Aussenwahrnehmung. Dies betrifft insbesondere die Schweizer Neutralität. 58 Prozent sind der Ansicht, dass sich das internationale Ansehen der Schweizer Neutralität in den letzten Jahren negativ entwickelt hat. Nur sechs Prozent sehen eine positive Entwicklung.

« Das internationale Ansehen der Schweizer Neutralität hat aus Sicht der Befragten gelitten. »

Kritisch beurteilt wird auch die Entwicklung der Absatzmärkte für Schweizer Produkte. 42 Prozent sehen hier eine negative Entwicklung, nur zehn Prozent eine positive. Diese Einschätzungen sind Ausdruck der aktuellen geopolitischen Verwerfungen und Handelskonflikte. Sie zeigen, dass die Bevölkerung die Schweiz in einer neuen Weltordnung sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch herausgefordert sieht. Einzig beim Ansehen der schweizerischen direkten Demokratie gehen ebenso viele Befragte von einer positiven wie von einer negativen Veränderung des Ansehens aus – nämlich je knapp ein Viertel.

Einschätzung der Veränderung des Ansehens der Schweiz (Abb. 17)

«Wie hat sich Ihrer Meinung nach das Ansehen der Schweiz im internationalen Umfeld in den letzten Jahren in Bezug auf folgende Punkte entwickelt?»

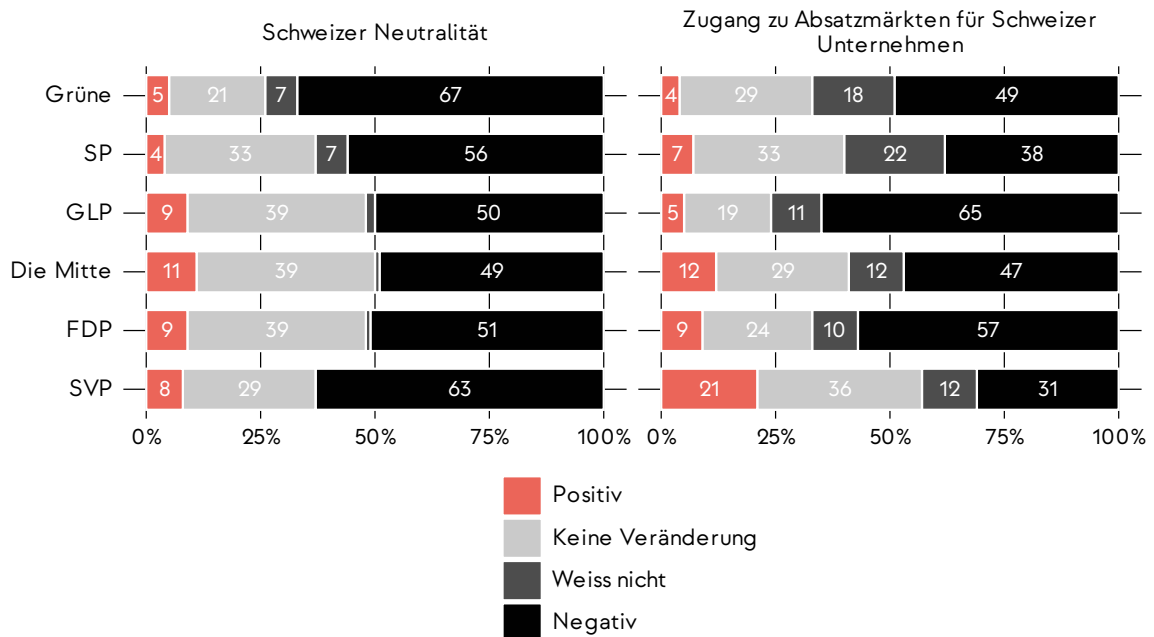


Die Einschätzung, dass sich das Ansehen der Schweizer Neutralität in der Welt verschlechtert hat, teilen die Befragten des gesamten politischen Spektrums. Am häufigsten wird diese Ansicht jedoch von Personen geäussert, die einer Polpartei nahestehen. Dies zeigt, dass Personen mit ganz unterschiedlichen Haltungen zur Neutralität zur selben Einschätzung gelangen können. Aus nationalkonservativer Perspektive leidet das Ansehen der Neutralität dann, wenn sich die Schweiz (vermeintlich) zu wenig neutral verhält – etwa in Bezug auf den Krieg in der Ukraine. Aus linker Perspektive leidet das Ansehen der Neutralität eher, wenn die Schweiz ihre Neutralität als (mutmasslichen) Vorwand zum Abseitsstehen nutzt.

Geht es um den Zugang zu Absatzmärkten für Schweizer Unternehmen ist die Skepsis an den politischen Polen weniger ausgeprägt als zwischen diesen. Eine negative Entwicklung in Bezug auf den Zugang der Schweiz zu Absatzmärkten sehen insbesondere Befragte, die der FDP oder der GLP nahestehen. Es sind dies beides Parteien mit einem liberalen Selbstverständnis. Ihre Anhängerschaften sind gegenüber dem Freihandel besonders positiv eingestellt. Wer den freien Handel als zentral für die Schweiz ansieht, scheint sich vermehrt über die mögliche Erosion ihres Zugangs zu den Weltmärkten zu sorgen.

Einschätzung der Veränderung des Ansehens der Schweiz – nach Partei (Abb. 18)

«Wie hat sich Ihrer Meinung nach das Ansehen der Schweiz im internationalen Umfeld in den letzten Jahren in Bezug auf folgende Punkte entwickelt?»



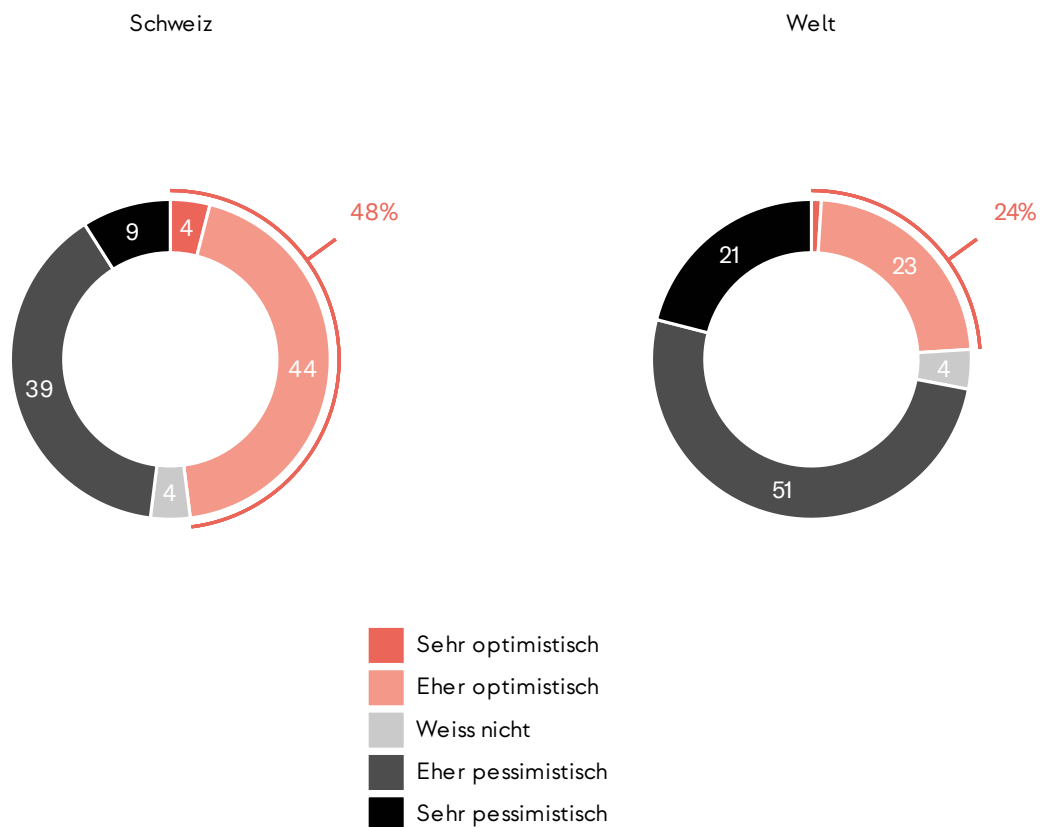
Ein durchzogenes Bild zeigt die Befragung nicht nur in Bezug auf die Wahrnehmung der Schweiz und ihrer Besonderheiten in der Welt, sondern auch in Bezug auf die Zukunftsaussichten. Zwar sind 48 Prozent optimistisch, wenn sie an die Schweiz im Jahr 2040 denken. Ebenso viele sind jedoch pessimistisch.

« Viele blicken pessimistisch auf die Schweiz im Jahr 2040. Weit mehr blicken pessimistisch auf die Welt im Jahr 2040. »

Während sich Pessimismus und Optimismus in Bezug auf die Schweiz in der Waage halten, wird die Entwicklung der Welt insgesamt vorwiegend pessimistisch eingeschätzt. 72 Prozent sind zumindest eher pessimistisch, wenn sie an die Welt im Jahr 2040 denken.

Erwartungen an die Schweiz und die Welt 2040 (Abb. 19)

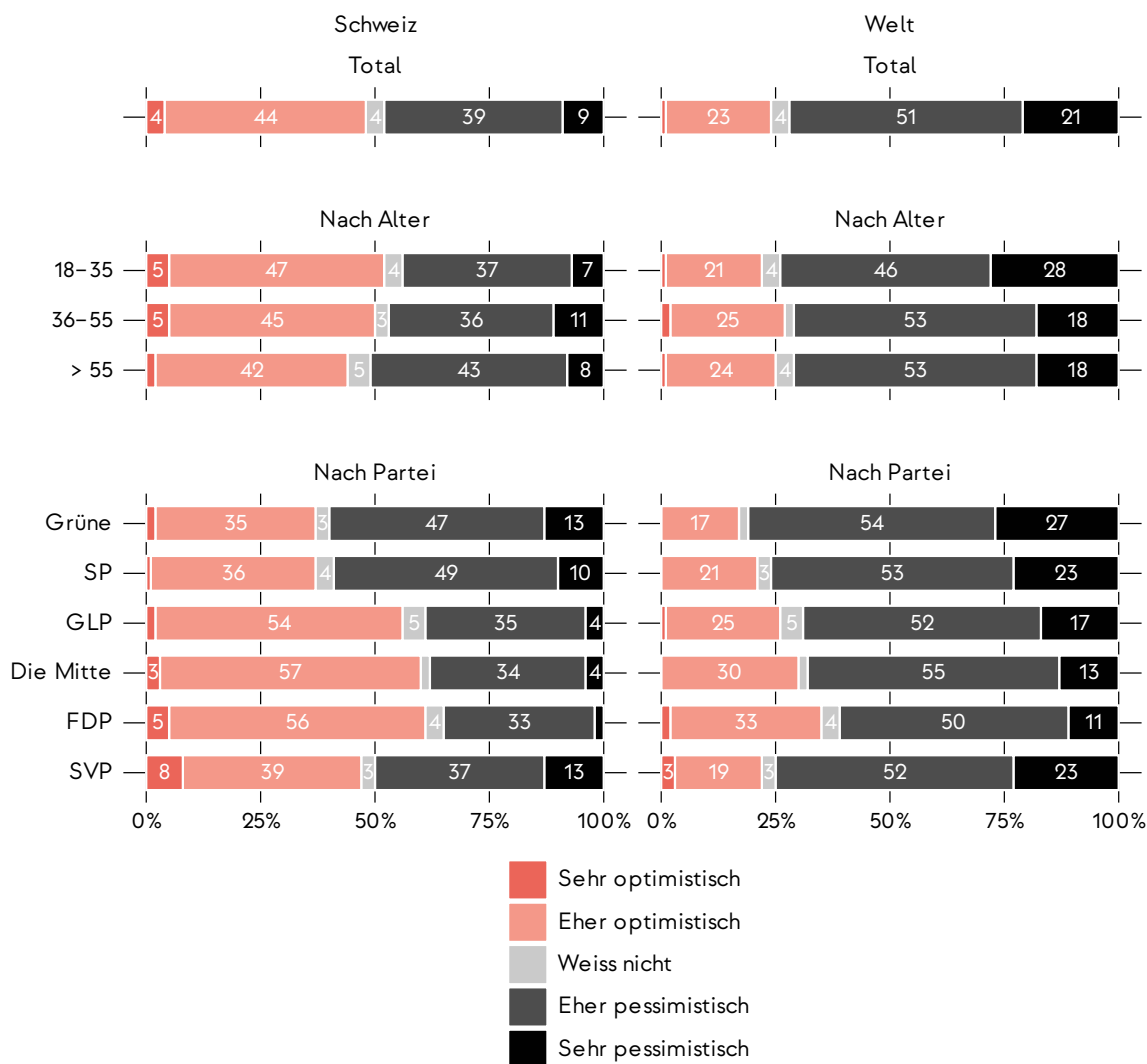
«Wie optimistisch oder pessimistisch blicken Sie auf die Schweiz im Jahr 2040?», «Wie optimistisch oder pessimistisch blicken Sie auf die Welt im Jahr 2040?»



Den Pessimismus in Bezug auf die Welt im Jahr 2040 teilen jüngere Befragte mit älteren. Geht es um die Zukunft der Schweiz, sind die jüngeren etwas optimistischer. Während bei den 18- bis 35-Jährigen 52 Prozent eher optimistisch sind, sind es bei den über 55-Jährigen bloss 44 Prozent. Befragte, die einer linken oder rechten Polpartei nahestehen, sind tendenziell pessimistischer, was die Zukunft der Schweiz und der Welt betrifft. Am optimistischsten ist die Basis der FDP.

Erwartungen an die Schweiz und die Welt 2040 – Partei und Alter (Abb. 20)

«Wie optimistisch oder pessimistisch blicken Sie auf die Schweiz im Jahr 2040?», «Wie optimistisch oder pessimistisch blicken Sie auf die Welt im Jahr 2040?»

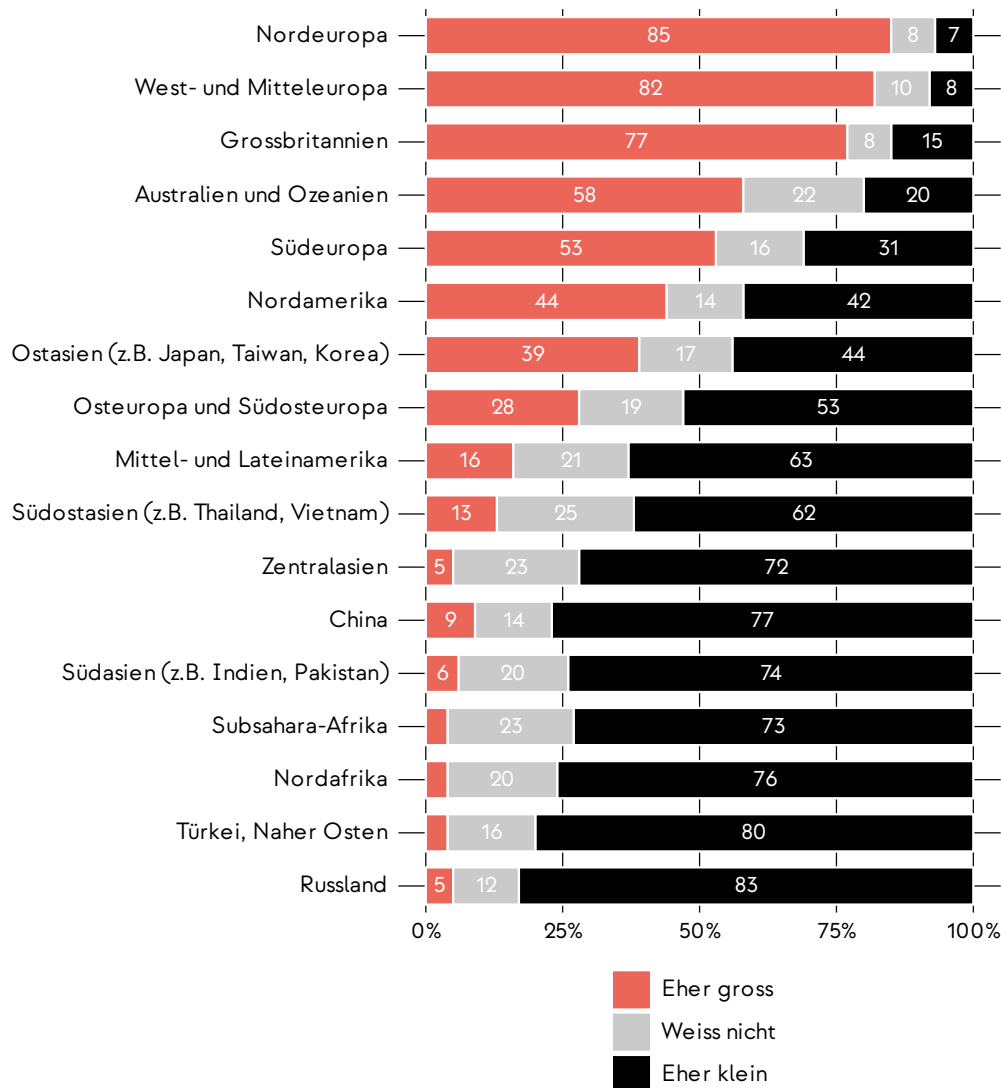


Länder und Organisationen: Gemeinsame Werte

Die Schweizer Bevölkerung macht klare Unterschiede zwischen Ländern und Weltregionen, mit denen sie ein gemeinsames Wertefundament besitzt und denen mit wenig Überschneidung. Dabei wird eine europäische Wertegemeinschaft sichtbar. Oder genauer: eine nordwesteuropäische. 85 Prozent sehen eine hohe Übereinstimmung der Grundwerte der Schweiz mit jenen Nordeuropas. 82 Prozent sehen eine grosse Übereinstimmung mit West- und Mitteleuropa. Relativ grosse Übereinstimmungen zeigen sich auch mit Regionen, die zwar geographisch weit entfernt liegen, aber einen hohen Entwicklungsgrad und eine demokratische Grundorientierung aufweisen. Dazu gehören Australien, Ozeanien, Nordamerika, Japan, Südkorea und Taiwan. Mit diesen wohlhabenden, hochentwickelten Staaten wird ein grösseres gemeinsames Wertefundament wahrgenommen als mit Ost- und Südosteuropa.

Übereinstimmung in den Grundwerten mit der Schweiz (Abb. 21)

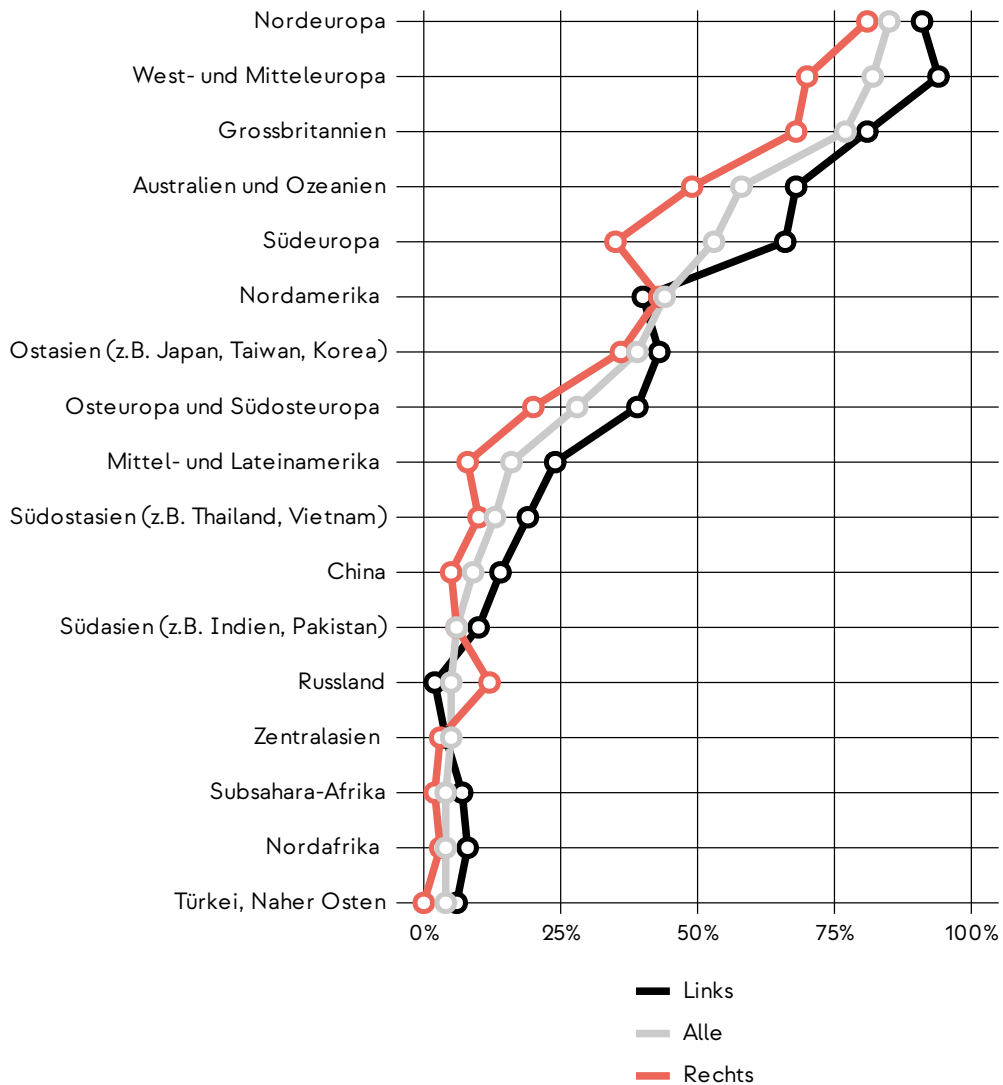
«Wie gross ist Ihrer Meinung nach die Übereinstimmung der Schweiz mit folgenden Ländern und Weltregionen in Bezug auf ihre Grundwerte?»



Bemerkenswert ist, dass Russland in dieser Liste gemeinsamer Grundwerte das Schlusslicht bildet - noch hinter Nordafrika, der Türkei und dem Nahen Osten. 83 Prozent nehmen eine geringe Übereinstimmung in den Grundwerten zwischen der Schweiz und Russland wahr. Offenbar hat sich das christlich-orthodox geprägte Russland aus Sicht einer grossen Bevölkerungsmehrheit mit dem Angriff auf die Ukraine bis auf Weiteres aus der europäischen Wertegemeinschaft verabschiedet. Die wahrgenommene Distanz in den Grundwerten ist sogar noch grösser als zu den islamisch geprägten Staaten des Mittelmeerraums.

Übereinstimmung in den Grundwerten – nach politischer Orientierung (Abb. 22)

«Wie gross ist Ihrer Meinung nach die Übereinstimmung der Schweiz mit folgenden Ländern und Weltregionen in Bezug auf ihre Grundwerte?»; Antwort: «eher gross».



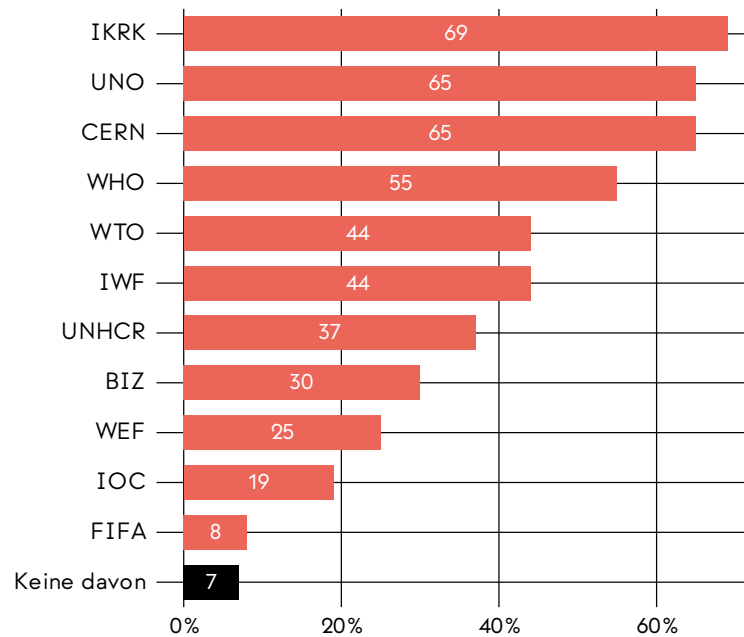
Diese Einschätzungen der Wertgemeinschaft unterscheiden sich nicht grundlegend zwischen den politischen Lagern. Insbesondere das gemeinsame Wertefundament mit Nordeuropa wird unabhängig der individuellen politischen Haltung als gross empfunden. Grundsätzlich nehmen Personen, die politisch rechts stehen, tendenziell etwas weniger gemeinsame Grundwerte wahr als Personen, die politisch links stehen.

Am grössten sind diese Unterschiede in Bezug auf Südeuropa. Für eine grosse Mehrheit der Linkstehenden gibt es eine zumindest eher grosse Übereinstimmung der Grundwerte mit Südeuropa, jedoch nur für rund einen Drittel der Rechtsstehenden. Ein leicht stärkeres gemeinsames Wertefundament sehen politisch rechts stehende Personen mit Nordamerika und vor allem mit Russland, letzteres allerdings auf tiefem Niveau. Auch im rechten politischen Spektrum sieht eine grosse Mehrheit keine besondere Nähe zu Russland.

« Unabhängig von der politischen Haltung nehmen die Menschen in der Schweiz ein besonders starkes gemeinsames Wertefundament mit Nordeuropa wahr. »

Die Welt ist durch eine grosse Zahl internationaler Organisationen in der Schweiz vertreten. Wie verteilen sich hier die Sympathien und die Wertschätzung? Welche Organisationen sind aus Sicht der Schweizerinnen und Schweizer besonders wichtig für ihr Land? Ganz zuoberst stehen das IKRK, die Vereinten Nationen (UNO) sowie das Europäische Kernforschungszentrum CERN – alle drei Organisationen haben ihren Hauptsitz bzw. einen ihrer Hauptsitze in Genf. Je rund zwei Drittel der Befragten erachten diese internationalen Organisationen als besonders wichtig für die Schweiz. An Ende der Liste stehen der Weltfussballverband FIFA mit acht Prozent Nennungen sowie das Internationale Olympische Komitee IOC mit 19 Prozent. Trotz deren enormen Breitenwirkung blickt die Schweizer Bevölkerung mit einer gewissen Zurückhaltung auf die beiden grössten Sportorganisationen der Welt, die ihren Sitz in Zürich bzw. in Lausanne haben. Auffällig zurückhaltend ist auch die Einschätzung des Weltwirtschaftsforums WEF in Davos. Obwohl jährlich unter grösster medialer Beachtung die wichtigsten Persönlichkeiten globaler Politik und Wirtschaft in die Schweizer Berge reisen, um am WEF teilzunehmen, betrachtet nur ein Viertel der Befragten das WEF als eine besonders wichtige Organisation für die Schweiz.

«Welche internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz sind Ihrer Ansicht nach für die Schweiz besonders wichtig?»



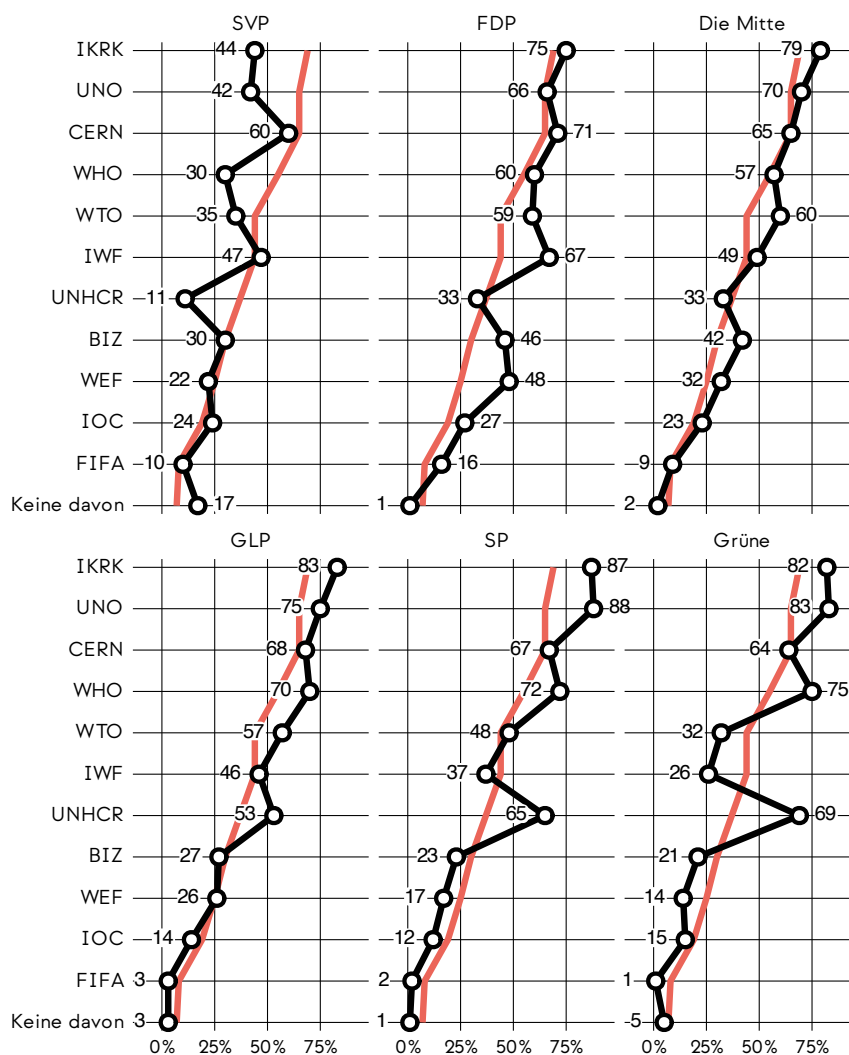
« Die Schweizer Bevölkerung identifiziert sich mit internationalen Organisationen, die für eine regelbasierte Weltordnung stehen wie UNO oder IKRK. Viel weniger jedoch mit FIFA, IOC und WEF. »

Die Bewertung der unterschiedlichen internationalen Organisationen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, macht deutlich, dass die Bevölkerung die regelbasierte Weltordnung, die humanitäre Tradition sowie die Forschungskooperation noch immer als zentral erachtet. Diese werden durch die UNO, das IKRK sowie das CERN verkörpert – jene drei Organisationen, die von der Bevölkerung als besonders wichtig für die Schweiz wahrgenommen werden. Demgegenüber identifizieren sich die Schweizerinnen und Schweizer deutlich weniger mit den grossen Sportorganisationen sowie dem jährlichen Schaulaufen der Mächtigen in Davos.

Mit diesen Einschätzungen markiert die Schweizer Bevölkerung bewusst oder unbewusst Distanz zu der von Donald Trump in Gang gesetzten Neuordnung der internationalen Beziehungen. Der US-Präsident stellt sich gegen die klassischen internationalen Organisationen und nutzt die in der Schweiz wenig populären Organisationen FIFA und WEF als seine Bühnen.

Wichtigkeit internationaler Organisationen in der Schweiz – nach Partei (Abb. 24)

«Welche internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz sind Ihrer Ansicht nach für die Schweiz besonders wichtig?»



Die Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener internationaler Organisationen in der Schweiz unterscheidet sich nur teilweise zwischen links und rechts. So wird das CERN von den Befragten des gesamten politischen Spektrums als besonders wichtig eingeschätzt. Die FIFA und das IOC werden dagegen überall eher kritisch gesehen.

Auf der linken Seite weit mehr Bedeutung als auf der rechten wird dem UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der UNO, zugeschrieben. Die Basis der FDP hält dagegen die Wirtschaftsorganisationen für deutlich wichtiger als die anderen Befragten. Dazu gehören der Internationale Währungsfonds (IWF), die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie das WEF.

Europa und darüber hinaus: Partner für Handel und Sicherheit

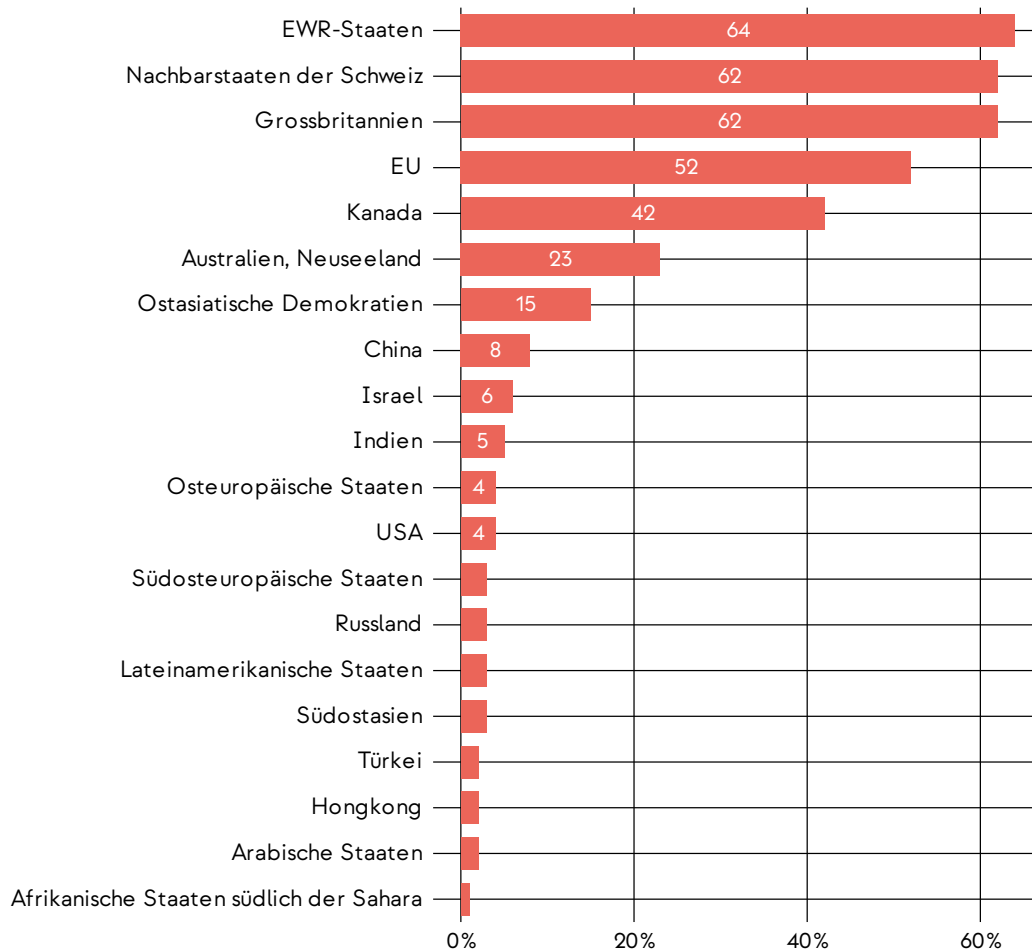
Wie wirkt sich das veränderte geopolitische Umfeld auf die Einschätzung der Handelspartner der Schweiz aus? Welche Staaten und Staatengruppen gelten als besonders zuverlässig und fair und welche nicht? Als besonders zuverlässig gelten Staaten, die aus Sicht der Befragten auch ein grosses gemeinsames Wertefundament mit der Schweiz aufweisen: Die EWR-Mitglieder Norwegen, Island, Liechtenstein, die Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien sowie Grossbritannien. Diese werden mit Werten von über 60 Prozent am häufigsten zu jener Gruppe gezählt, die als Handelspartner besonders zuverlässig und fair sind. Eine Mehrheit betrachtet auch die EU als Ganzes als Teil der zuverlässigsten Handelspartner. Nicht nur bei den Grundwerten, sondern auch beim Handel zeigt sich eine klar westeuropäische Orientierung der Schweizer Bevölkerung.

« Als am zuverlässigsten gelten Handelspartner, mit denen die Schweiz ein gemeinsames Wertefundament teilt. »

Relativ häufig zum Kreis der Zuverlässigen und Fairen werden aber auch Kanada, Australien und Neuseeland gezählt sowie (etwas seltener) die ostasiatischen Demokratien Japan, Südkorea und Taiwan. China wird eher selten zu den fairsten Handelspartnern gezählt, aber dennoch häufiger als die USA. Die von Handelskonflikten begleitete US-Zollpolitik hat offenbar das Vertrauen in die USA stark beschädigt.

Zuverlässigkeit und Fairness als Handelspartner (Abb. 25)

«Welche der folgenden Handelspartner der Schweiz erachten Sie als besonders zuverlässig und fair?»



Die als zuverlässig und fair wahrgenommenen Handelspartner sind tendenziell auch jene, die aus Sicht der Befragten in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. Ganz oben stehen die Nachbarstaaten gefolgt von der EU als Ganzes sowie Grossbritannien.

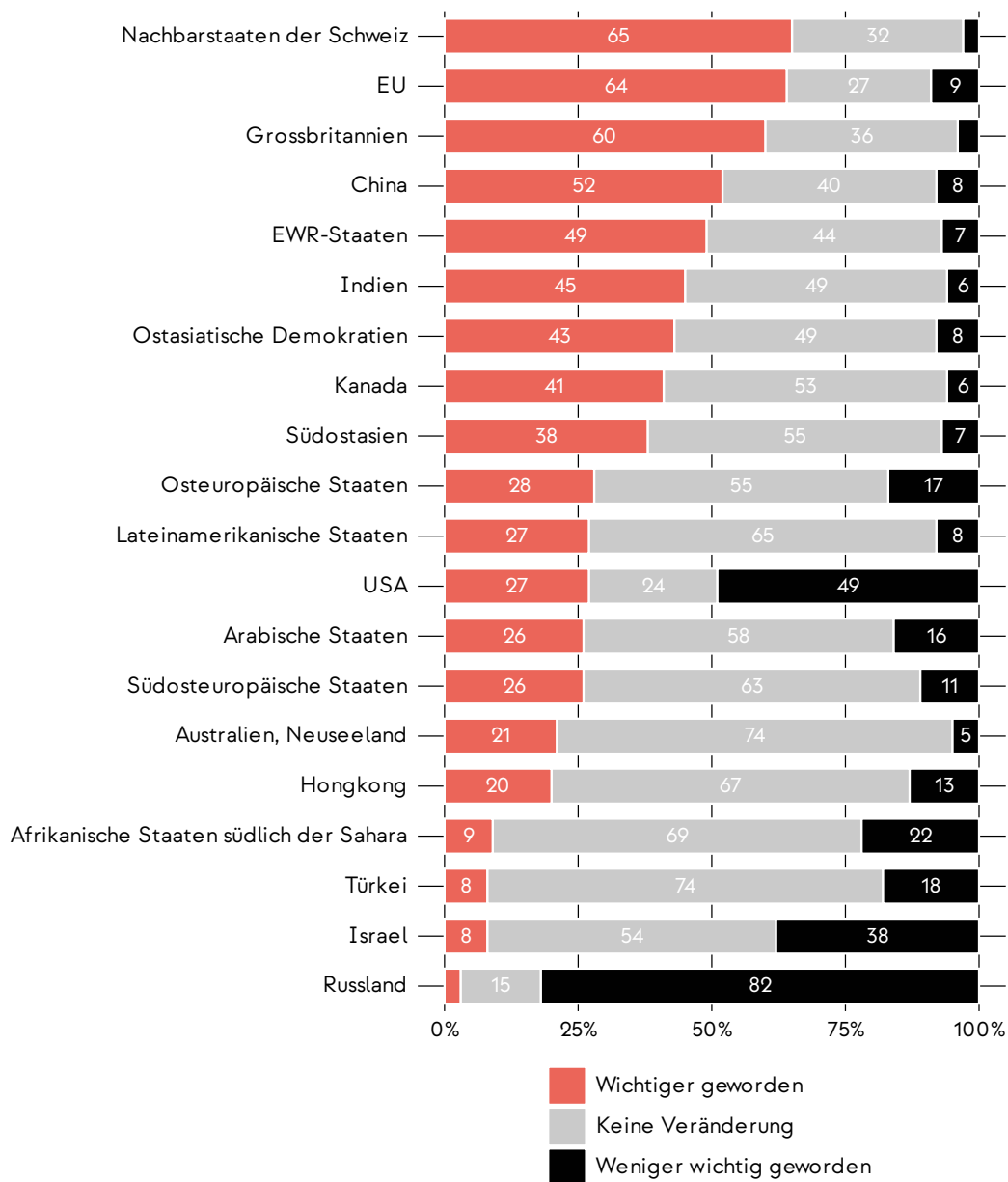
« China und Indien werden im Unterschied zu den USA als zunehmend wichtige Handelspartner wahrgenommen. »

Abgesehen von den hochentwickelten kleineren und mittelgrossen Demokratien gehören aber auch China und Indien zu den Staaten, die aus Sicht der Befragten als Handlungspartner wichtiger geworden sind.

Es sind Grossmächte, die im Vergleich zu den USA und Russland ihre Macht zurzeit weniger sichtbar ausspielen. In von Machtpolitik geprägten Zeiten sieht die Schweizer Bevölkerung hier offenbar das grössere Potenzial zur Entwicklung von Wirtschaftsbeziehungen.

Entwicklung der Beziehung zu Handelspartnern (Abb. 26)

«Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Beziehung der Schweiz zu folgenden Handelspartnern über die letzten fünf Jahre verändert?»



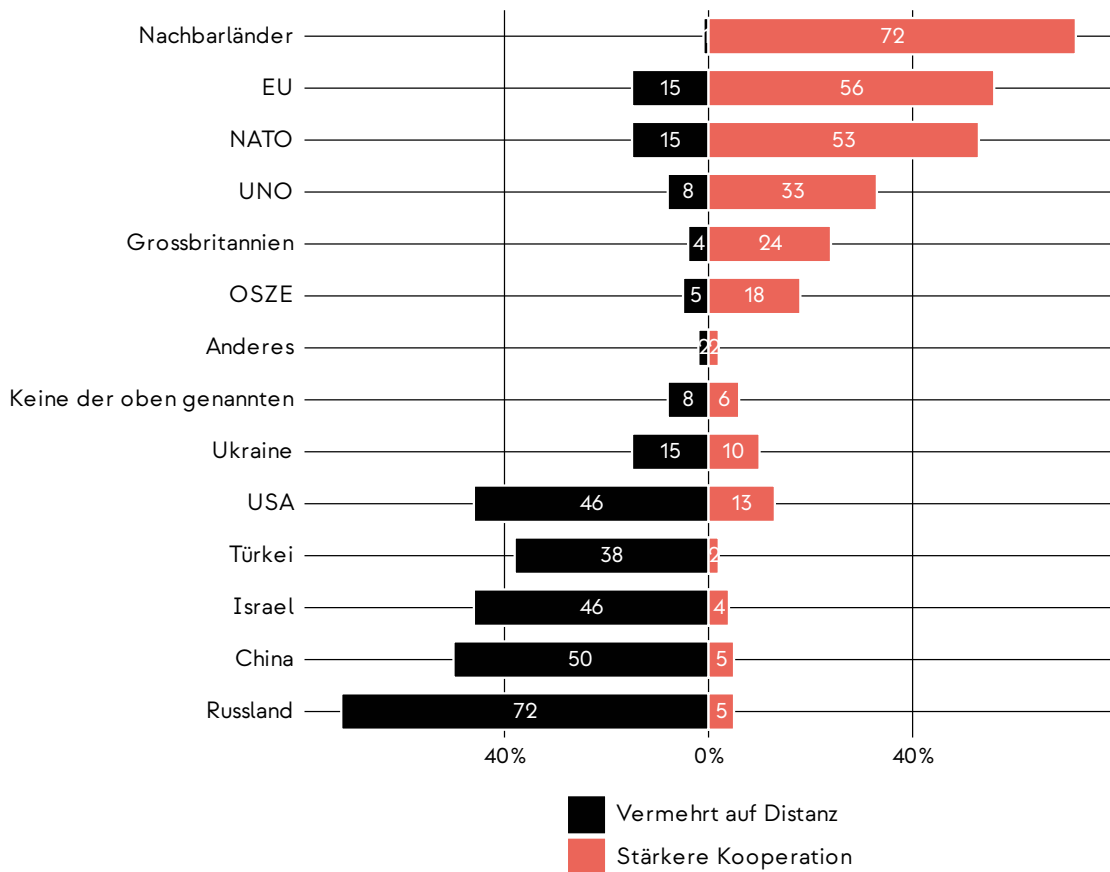
Geht es um Fragen der Sicherheit, zeigt sich ein ähnliches geographisches Muster von Nähe und Distanz wie bei den Grundwerten und dem Handel. Sichtbar wird zugleich ein weit verbreitetes Bedürfnis nach mehr internationaler Zusammenarbeit. So fordern 72 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer eine stärkere Kooperation mit den Nachbarländern Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich. Für annähernd drei Viertel der Befragten macht Sicherheit nicht an der Landesgrenze halt. Insbesondere die Nachbarstaaten werden als zentral für die Sicherheit der Schweiz betrachtet.

« Fast drei Viertel fordern eine stärkere sicherheitspolitische Kooperation mit den europäischen Nachbarländern. Eine Mehrheit fordert dies auch für die EU und die NATO»

Mehr als die Hälfte möchte jedoch auch eine stärkere sicherheitspolitische Kooperation mit der EU und der NATO. Das Bedürfnis nach einer Kooperation in Sicherheitsfragen mit der EU ist dabei noch etwas grösser als mit der NATO. Erstere wird offenbar nicht einfach als Wirtschaftsgemeinschaft angesehen, sondern auch als Garant für europäische Sicherheit aufgefasst. Dafür zeigt sich in Bezug auf die NATO ein Dilemma, das sich nicht leicht auflösen lässt. Während nämlich 53 Prozent eine stärkere Kooperation mit dem nordatlantischen Verteidigungsbündnis wünschen, wollen viele Befragte, dass die Schweiz sicherheitspolitisch auf Distanz zu den beiden NATO-Mitgliedern USA (46 %) und Türkei (38 %) geht. Die Bevölkerung wünscht sich ein starkes Bündnis mit den Nachbarländern, aber nur bedingt ein Bündnis mit deren Bündnispartnern.

Kooperationspartner für Schweizer Sicherheit (Abb. 27)

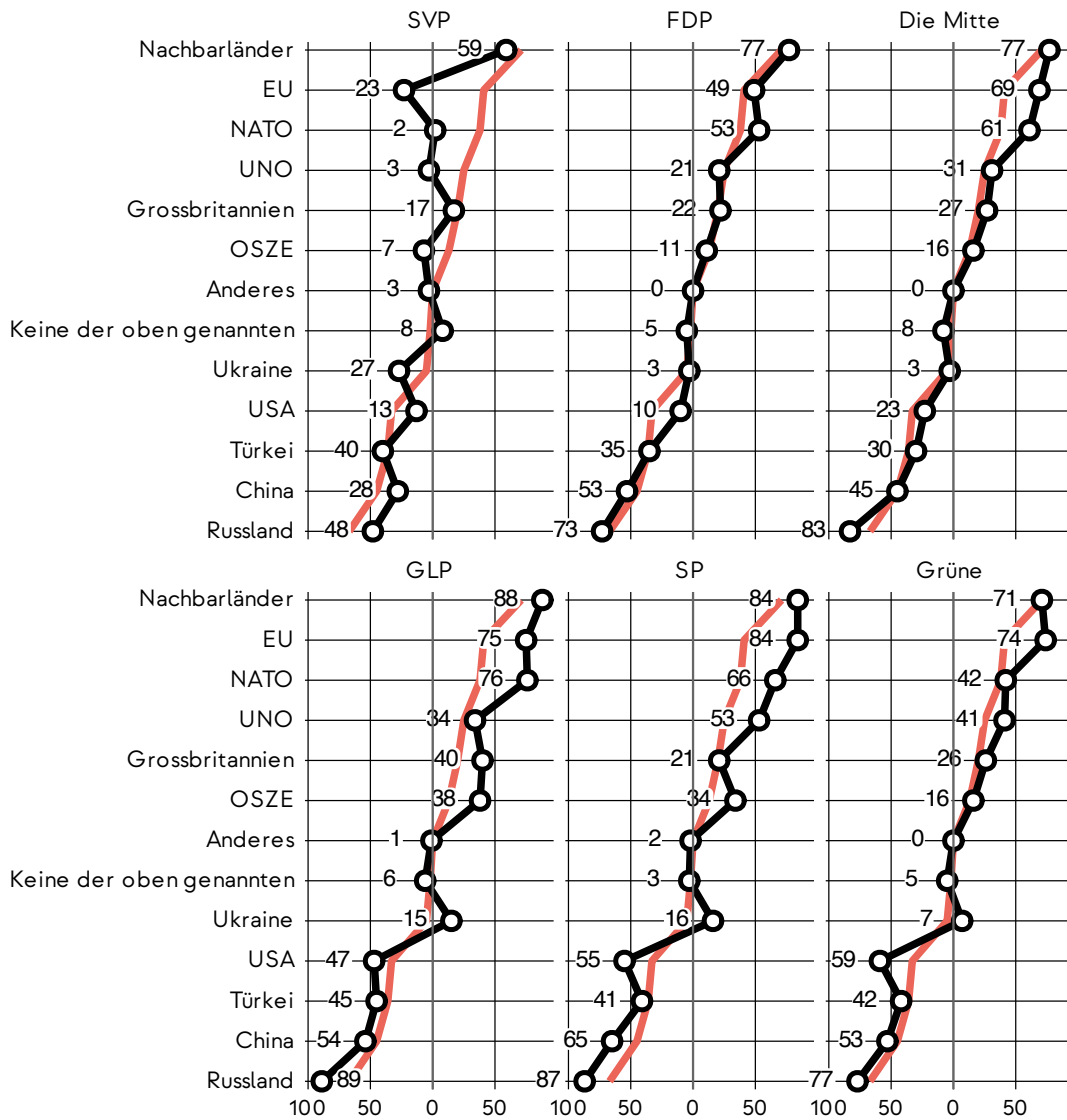
«Mit wem soll die Schweiz im Interesse ihrer eigenen Sicherheit stärker kooperieren?», «Bei welchen Ländern oder Organisationen soll die Schweiz im Interesse ihrer eigenen Sicherheit vermehrt auf Distanz gehen?»



Mehr sicherheitspolitische Kooperation mit den Nachbarländern wird von den Befragten des gesamten politischen Spektrums gefordert. So auch von rund 60 Prozent der Anhängerschaft der SVP, obwohl es sich bei den vier grösseren Nachbarländern um EU-Mitglieder handelt. Mit der EU als Ganzes wünscht sich die Basis der grössten Partei, der SVP, dagegen eher weniger als mehr Kooperation. Ähnliche Spannungsfelder zeigen sich auch bei den Sympathisierenden von SP und GLP. Diese verlangen am nachdrücklichsten eine stärkere Kooperation mit der NATO. Zugleich aber auch mehr sicherheitspolitische Distanz zu den USA, dem wichtigsten NATO-Mitglied.

Kooperationspartner für Schweizer Sicherheit – nach Partei (Abb. 28)

«Mit wem soll die Schweiz im Interesse ihrer eigenen Sicherheit stärker kooperieren?», «Bei welchen Ländern oder Organisationen soll die Schweiz im Interesse ihrer eigenen Sicherheit vermehrt auf Distanz gehen?» – Differenzwerte



« Die EU wird für die Mehrheit der Befragten nicht nur als wichtiger Handelspartner, sondern ebenso als Kooperationspartner in Sicherheitsfragen angesehen. »

Aus Sicht der Befragten haben die europäischen Nachbarländer eine zentrale Bedeutung für den Handel und die Sicherheit der Schweiz. Diese Ansicht findet sich im gesamten politischen Spektrum. Die EU wird für die Mehrheit der Befragten nicht nur als wichtiger Handelspartner, sondern ebenso als Kooperationspartner in Sicherheitsfragen angesehen. Zum erweiterten Kreis der verlässlichen Partner werden mittelgrosse, hochentwickelte Demokratien wie Kanada, Australien oder Japan gezählt. Eine bemerkenswerte Distanz markiert die Schweizer Bevölkerung dagegen, sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch, gegenüber den USA.

Resilienz und flexible Allianzen

Allianz der Demokratien und Freihandel

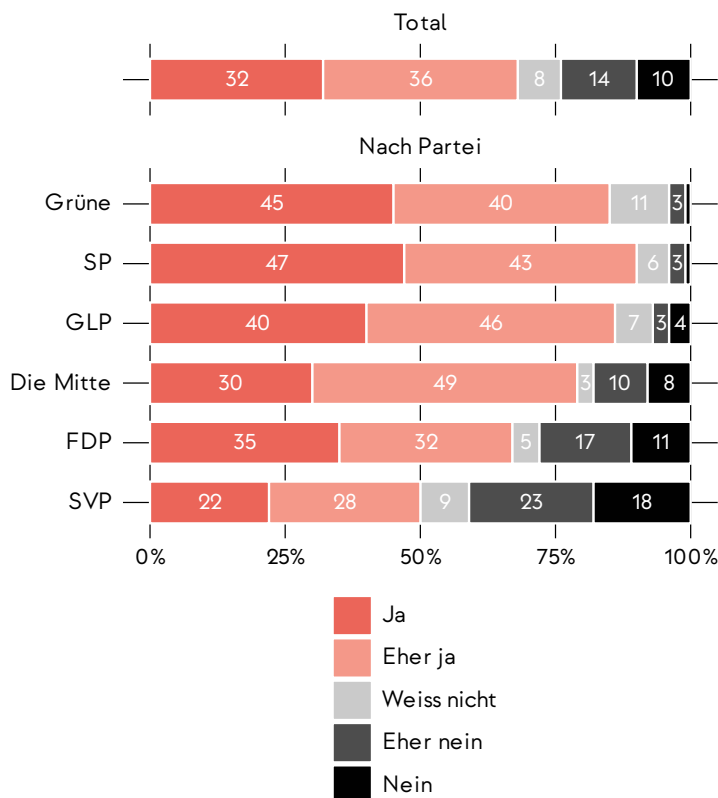
Der kanadische Premierminister Mark Carney hat am WEF in Davos Anfang 2026 in einer vielbeachteten Rede unter dem Begriff des «wertebasierten Realismus» mehr Eigenständigkeit gegenüber Grossmächten und eine pragmatische Kooperation der demokratischen Mittelmächte gefordert. Dieser wertebasierte Realismus im Sinne Carneys kommt auch in den Ergebnissen des Chancenbarometers zum Ausdruck. Etwa im Wunsch nach einer stärkeren Kooperation in Sicherheitsfragen mit kleinen und mittelgrossen Demokratien, welche die eigenen Werte teilen (vgl. Abb. 27).

« Fast siebzig Prozent der Befragten sprechen sich für die Bildung einer neuen Organisation von kleinen und mittelgrossen Demokratien aus, die über eine gemeinsame Wertebasis verfügen. »

Darüber hinaus findet auch die Bildung einer Organisation der kleinen und mittelgrossen Demokratien breiten Rückhalt. 68 Prozent der Befragten sind eher oder klar dafür. Selbst die Anhängerschaft der nationalkonservativen SVP spricht sich zur Hälfte für eine derartige Allianz aus. Offenbar haben die aktuellen geopolitischen Umbrüche in der Welt dazu geführt, dass pragmatische Kooperationen zum Schutz gegen Grossmachtpolitik politisch breiter akzeptiert werden.

Zustimmung zu internationalem Bündnis für Demokratien (Abb. 29)

«Würden Sie es begrüßen, wenn die Schweiz Teil einer neuen internationalen Organisation wäre, die kleine und mittelgrosse Demokratien vereint, um sich gegen Grossmächte behaupten zu können?»



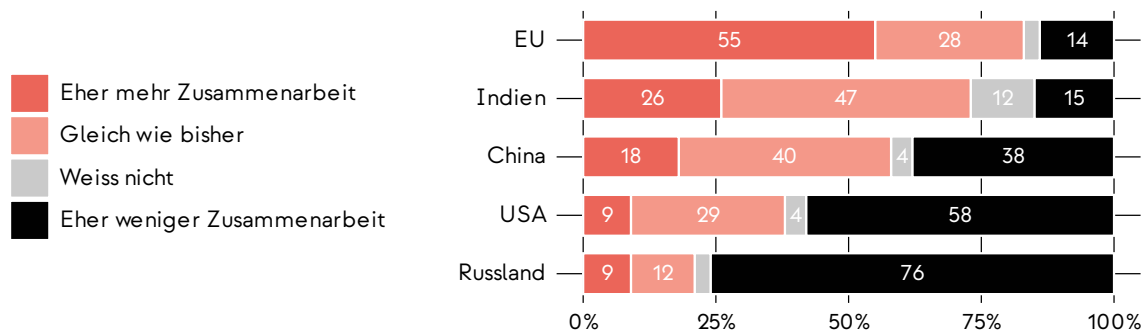
Ein wertebasierter Realismus kommt auch im geforderten Umgang mit den Grossmächten USA, Russland, China, Indien sowie der EU zum Ausdruck. Eine engere Zusammenarbeit will eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer einzig mit der EU, die als Verbund von kleinen und mittelgrossen Demokratien keine eigentliche Grossmacht ist.

« Schweizerinnen und Schweizer wünschen sich eine fortgesetzte Zusammenarbeit mit China und Indien, jedoch mehr Distanz zu den USA und Russland. »

Mit Indien und China wünscht sich die Bevölkerung eine Zusammenarbeit auf gleichbleibendem Niveau. Eher weniger Zusammenarbeit wollen die Befragten dagegen mit den USA und Russland. Die ehemaligen Rivalen des Kalten Kriegs spielen aktuell ihre Grossmachtsrolle besonders aggressiv aus. In den zurückhaltender auftretenden Grossmächten Indien und China wird eher Potenzial für eine fortgesetzte Zusammenarbeit gesehen.

Zusammenarbeit mit grossen Staaten und Staatengruppen (Abb. 30)

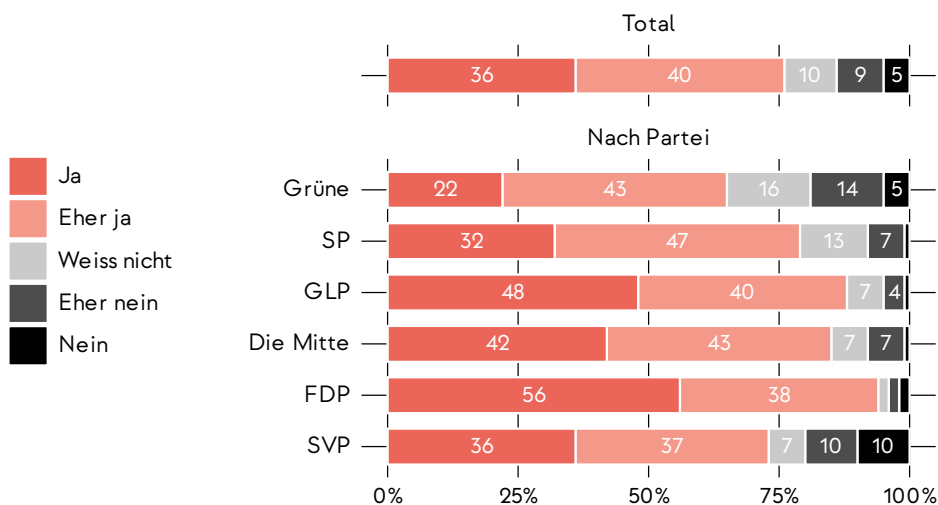
«Wie soll die Schweiz Ihrer Ansicht nach mit folgenden Staaten und Staatengruppen in Zukunft zusammenarbeiten?»



Drei Viertel der Befragten wünschen sich weitere Freihandelsabkommen für die Schweiz. Am grössten ist die Zustimmung bei der Basis von FDP und GLP. Die grössten Vorbehalte gegen Freihandelsabkommen zeigen sich bei der Basis der SVP und vor allem bei den Grünen.

Haltung zu neuen Freihandelsabkommen (Abb. 31)

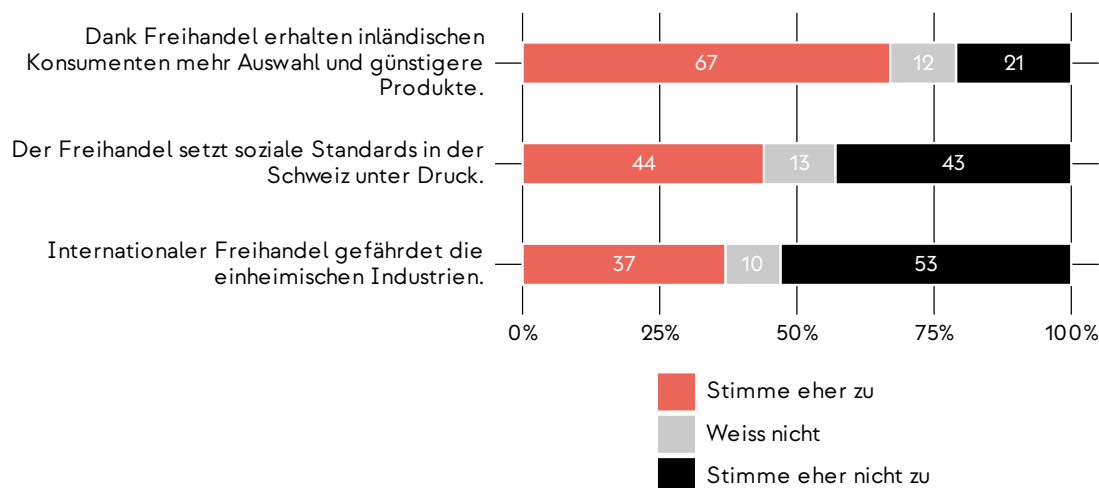
«Soll die Schweiz weitere Freihandelsabkommen abschliessen?»



Die positive Haltung gegenüber neuen Freihandelsabkommen ist Ausdruck davon, dass die Bevölkerung die Auswirkungen des Freihandels insgesamt positiv bewertet. 67 Prozent sind der Ansicht, dass Freihandel zu mehr Auswahl und günstigeren Produkten führt. Zugleich sind jedoch auch 44 Prozent der Meinung, dass Freihandel soziale Standards in der Schweiz unter Druck setzt. Weniger verbreitet ist die Ansicht, dass Freihandel einheimische Industrien gefährdet (37%).

Einschätzung der Folgen von Freihandel (Abb. 32)

«Wie soll die Schweiz Ihrer Meinung nach ihre Handelsbeziehungen gestalten? Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht.»

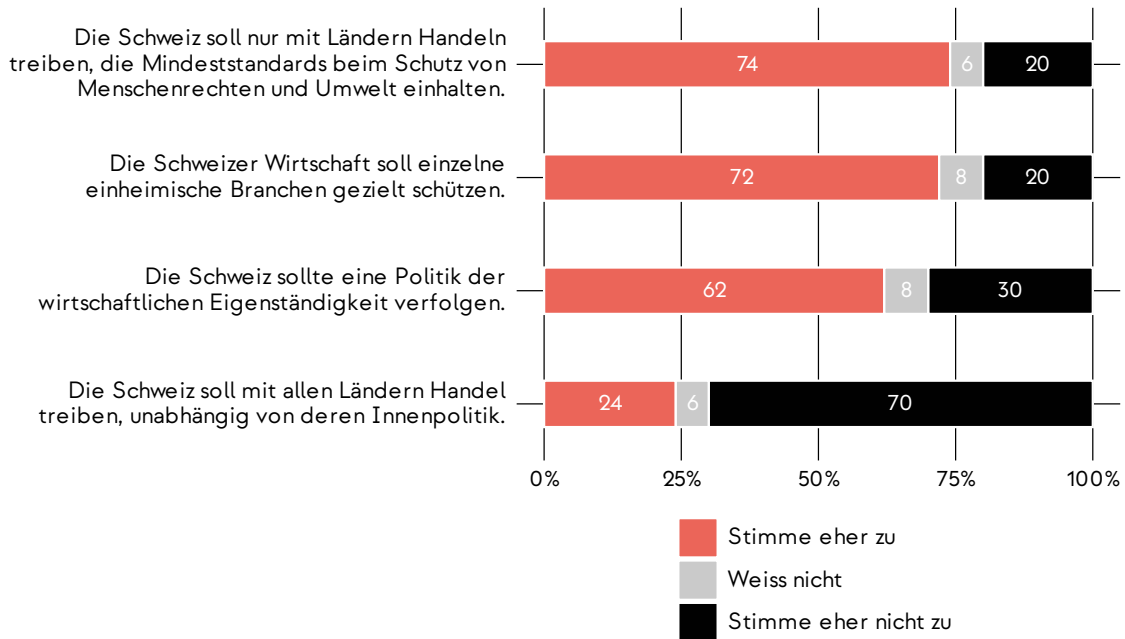


« Drei von vier Befragten sind neuen Freihandelsabkommen gegenüber positiv eingestellt – jedoch nicht bedingungslos. Mindeststandards beim Schutz von Menschenrechten und Umwelt sollen eingehalten werden müssen. »

Im Sinn eines wertebasierten Realismus wird Freihandel jedoch nicht bedingungslos unterstützt. Die Bevölkerung möchte Handelsbeziehungen an Bedingungen knüpfen. So sollen Mindeststandards beim Schutz von Menschenrechten und Umwelt eingehalten werden müssen, zugleich sollen einheimische Branchen gezielt geschützt werden.

Anforderungen an Handelspartner (Abb. 33)

«Wie soll die Schweiz Ihrer Meinung nach ihre Handelsbeziehungen gestalten? Bitte geben Sie an, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht.»

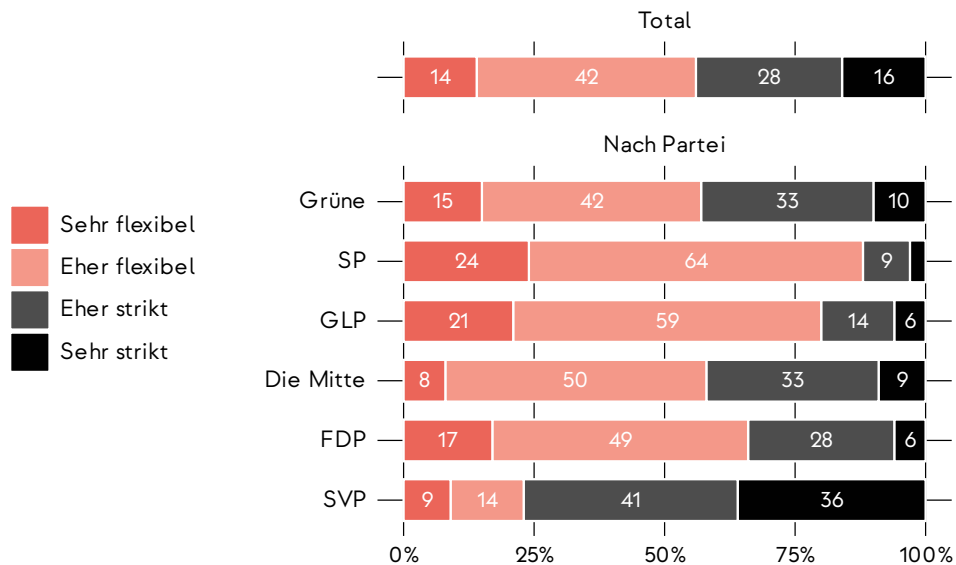


Neutralität mit Spielraum und geistige Landesverteidigung

Flexibilität und Realismus prägten auch die Einstellungen der Bevölkerung in sicherheitspolitischen Fragen. Eine Mehrheit von 56 Prozent ist der Ansicht, die Schweiz solle die Neutralität eher flexibel auslegen. Dabei zeigen sich jedoch deutliche Einstellungsunterschiede je nach politischer Orientierung. Während Personen, die der SVP nahestehen, grossmehrheitlich für eine strikte Auslegung der Neutralität sind, sind die anderen grossmehrheitlich für eine Neutralität mit Spielraum. Besonders deutlich sprechen sich die Basis von SP und Grünliberalen dafür aus.

Auffassung der Schweizer Neutralität (Abb. 34)

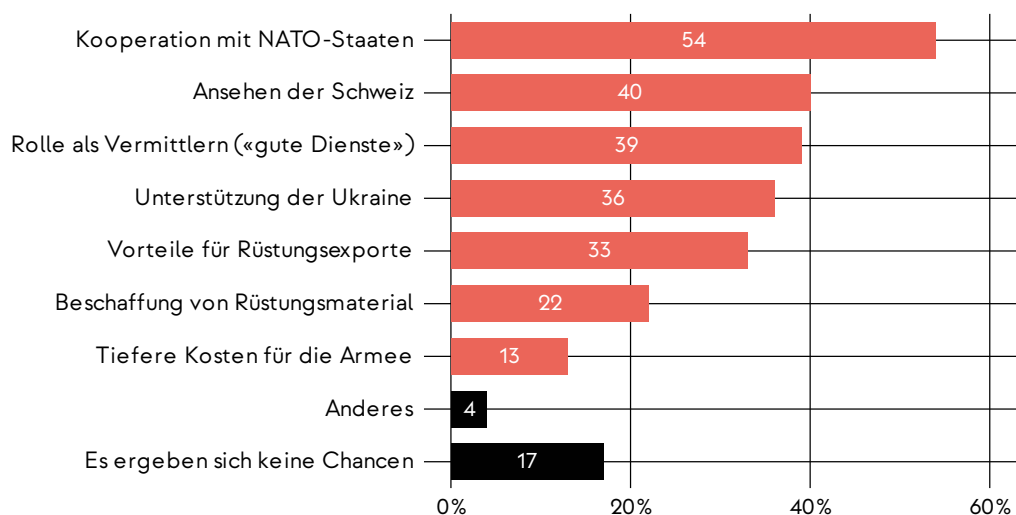
«Wie soll die Schweiz Ihrer Meinung nach die Neutralität auslegen?»



Von einer Neutralität mit Spielraum erhofft sich eine Mehrheit die Möglichkeit zu einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation mit den NATO-Staaten. Viele Befragte sehen zudem eine Verbesserung des internationalen Ansehens der Schweiz und der Möglichkeit zum Leisten guter Dienste (39 %).

Chancen einer flexiblen Auslegung der Neutralität (Abb. 35)

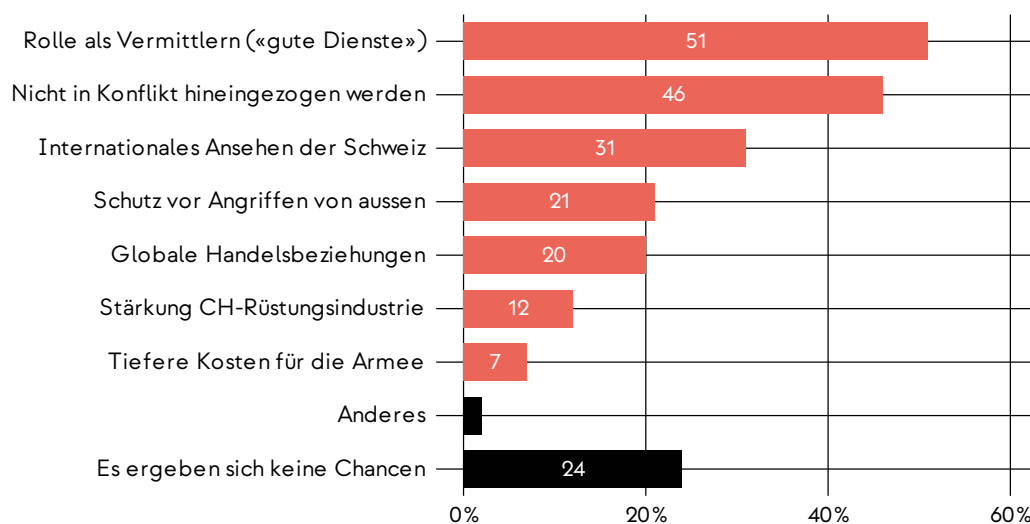
«Welche Chancen ergeben sich Ihrer Ansicht nach durch eine flexiblere Handhabung der Neutralität?»



Für noch mehr Befragte (51 Prozent) sind die guten Dienste jedoch eher ein Argument für eine strikte Auslegung der Neutralität. Wie bei der Begründung einer flexiblen Auslegung der Neutralität spielen pragmatische Gründe auch bei der Begründung einer strikten Auslegung eine wichtige Rolle: 46 Prozent sehen in einer strikten Auslegung der Neutralität die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Schweiz nicht in kriegerische Auseinandersetzungen hineingezogen wird.

Chancen einer strikten Auslegung der Neutralität (Abb. 36)

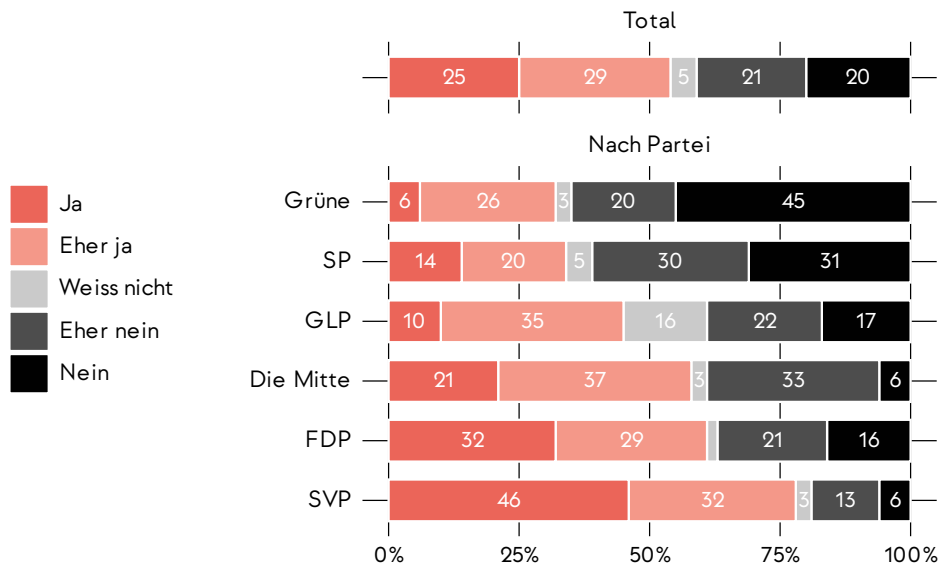
«Welche Chancen ergeben sich aus Ihrer Sicht aus einer strikteren Handhabung der Neutralität?»



Eine Mehrheit der Bevölkerung will eine flexible Auslegung der Neutralität, zugleich wünscht sie sich auch die Neuauflage einer «Geistigen Landesverteidigung». Bei dieser politisch-kulturellen Bewegung der 1930er- bis 1960er-Jahre ging es um die Stärkung von Schweizer Werten zur Verbesserung der Widerstandskraft gegen totalitäre Ideologien. 54 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz heute wieder eine nationale Bewegung bräuchte, um die zentralen Werte des Landes zu stärken, 41 Prozent sind dagegen.

Notwendigkeit einer neuen geistigen Landesverteidigung in der Schweiz (Abb. 37)

«Braucht die Schweiz Ihrer Meinung nach wieder eine nationale Bewegung, um die zentralen Werte des Landes zu stärken, in der Tradition einer «Geistigen Landesverteidigung?»»



Während eine flexible Neutralität in der Mitte und im linken Spektrum mehr Anklang findet als im rechten, hat die Forderung nach einer neuen geistigen Landesverteidigung in der Mitte und rechts am meisten Rückhalt.

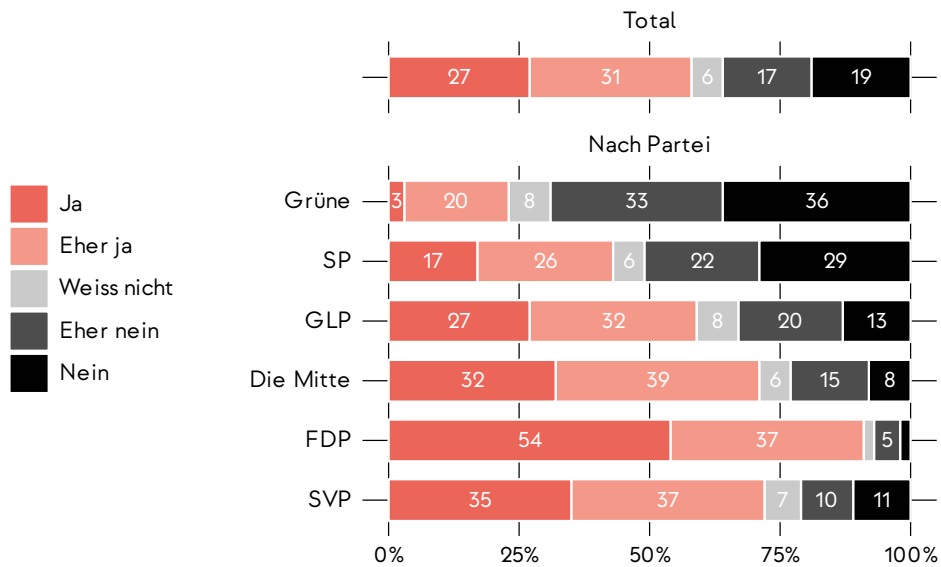
« Gut die Hälfte wünscht sich eine Neuauflage einer «Geistigen Landesverteidigung». »

Die Verbindung einer Neutralität mit Spielraum und einer neuen geistigen Landesverteidigung steht für einen wertebasierten Realismus in der Sicherheitspolitik. Beide Anliegen sind politisch umstritten und können deshalb mit Blick auf mögliche innere Spaltungen nur zurückhaltend umgesetzt werden.

Perspektiven für Rüstungs- und Sicherheitstechnologien

Mehr Flexibilität und Realismus wünscht sich die Schweizer Bevölkerung auch in Bezug auf eigene Rüstungs- und Sicherheitstechnologien. 58 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz politische Hindernisse reduzieren soll, um die eigene Rüstungsindustrie zu stärken. Die Mehrheit scheint somit ein Bewusstsein dafür zu haben, dass in einer Ära neuer Machtpolitik ein Land wie die Schweiz über eine eigene starke Rüstungsindustrie verfügen muss.

«Soll die Schweiz politische Hindernisse reduzieren, um die eigene Rüstungsindustrie zu stärken?»

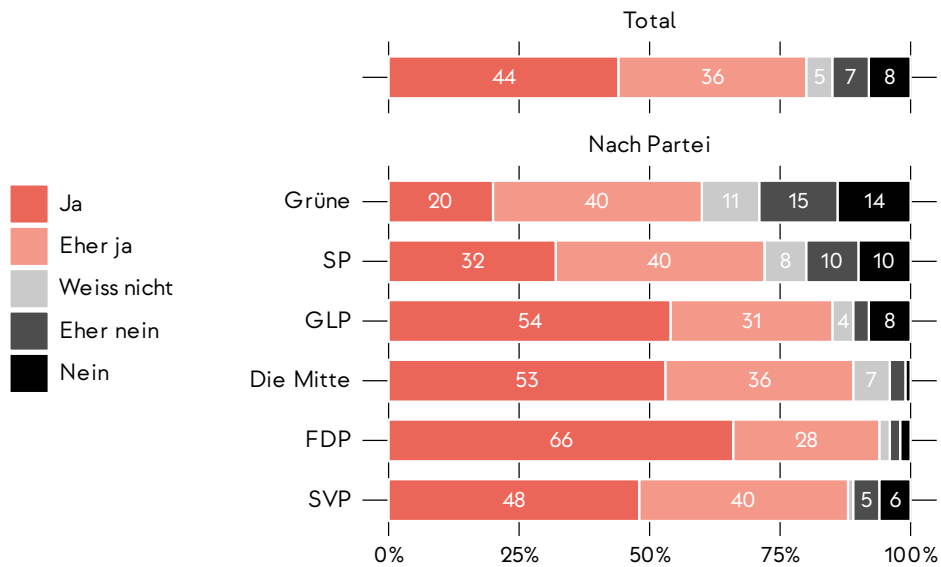


« 80 Prozent der Befragten möchten, dass die Schweiz in Rüstungs- und Sicherheitstechnologien investiert, die auch zivil nutzbar sind. »

80 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Schweiz in Rüstungs- und Sicherheitstechnologien investieren soll, die auch zivil nutzbar sind. Diese grosse Mehrheit deutet auf ein breites Verständnis dafür hin, dass Rüstungs- und Sicherheitstechnologien wichtige Impulsgeber für zivile Nutzungen sind. Diese Synergien sollen aus Sicht der Bevölkerung genutzt werden, indem in Rüstungs- und Sicherheitstechnologien investiert wird. Dies lässt sich als klares Bekenntnis für eine starke Schweizer Rüstungsindustrie verstehen. Was ein weiterer Ausdruck eines wertebasierten Realismus ist, wie er von kanadischen Premier Mark Carney am WEF 2026 skizziert wurde.

Investitionen in dual-use Technologien in der Schweiz (Abb. 39)

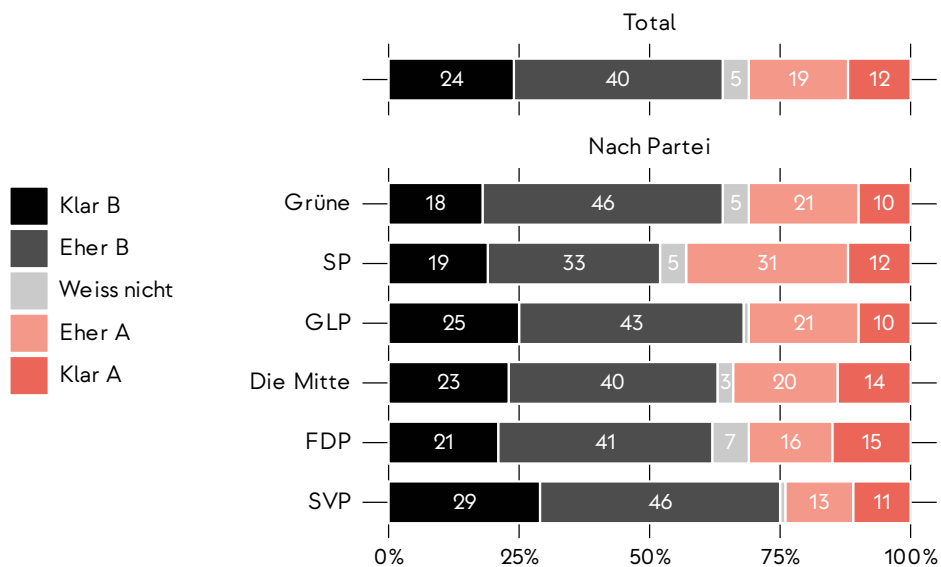
«Soll die Schweiz in Rüstungs- und Sicherheitstechnologien investieren, die auch zivil nutzbar sind?»



Geht es um die eigene Armee, will eine Mehrheit von 64 Prozent, dass die Schweiz für die Höhe ihrer Rüstungsausgaben kein Ausgabenziel in Prozent des BIP festlegt, so wie es die NATO-Staaten handhaben, sondern die Höhe ihrer Rüstungsausgaben den Bedürfnissen der Armee anpasst. Offen bleibt die Frage, in welcher Höhe diese Rüstungsausgaben zu erwarten sind und wie sie finanziert werden sollen.

Rüstungsausgaben: Festes Ziel vs. Flexibilität (Abb. 40)

«Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu? A – Die Schweiz soll für die Höhe ihrer Rüstungsausgaben ein Ausgabenziel in Prozent des BIP festlegen, so wie es die NATO-Staaten bereits beschlossen haben. B – Die Schweiz soll die Höhe ihrer Rüstungsausgaben flexibel halten und so festlegen, wie die Armee es erfordert.»



Fazit von Michael Hermann: Wertebasierter Realismus

Die russische Völlinvasion in der Ukraine 2022 hat in Europa ein neues Zeitalter eingeläutet. Spätestens mit der zweiten Regierung Trump ist die Vorstellung eines stabilen, regelbasierten internationalen Systems zu Ende. Wie der kanadische Premierminister Mark Carney in einer vielbeachteten Rede am WEF in Davos am 20. Januar 2026 ausführte, sind besonders die kleinen und mittelgrossen Demokratien mit einem tiefgreifenden «Bruch der Weltordnung» konfrontiert. Ist die Schweiz dafür gerüstet? Die Bevölkerung sieht klare Defizite, vor allem in Bezug auf die Verteidigungsfähigkeit des Landes. Umso mehr vertraut sie auf die stabile demokratische Ordnung und die robuste Wirtschaft der Schweiz.



Michael Hermann
Gründer Sotomo
Co-Studienleiter

Geht es um die Aussenbeziehungen der Schweiz zeigt diese Befragung eine Haltung, die auf bemerkenswerte Weise dem «wertebasierte Realismus» entspricht, wie ihn Mark Carney in Davos skizziert hat. Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer befürwortet eine verstärkte Kooperation unter den kleineren und mittelgrossen Demokratien innerhalb und ausserhalb Europas. Die meisten Befragten sehen ein starkes gemeinsames Wertefundament der Schweiz mit den Ländern Nord- und Westeuropas und verlangen insbesondere in Sicherheitsfragen eine engere Zusammenarbeit mit diesen Ländern. Eine Mehrheit der Befragten will zudem eine stärkere sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der NATO und insbesondere auch der EU. Letztere wird nicht mehr nur als wirtschaftliche Partnerin, sondern ebenso als Partnerin in Sicherheitsfragen wahrgenommen.

Die europäische Wertegemeinschaft spielt aus Sicht der Schweizer Bevölkerung eine zentrale Rolle in dieser Welt im Umbruch. Zugleich ist eine grosse Mehrheit, im Sinne von Carneys «Realismus» der Ansicht, die Schweiz brauche weitere Freihandelsabkommen auch ausserhalb Europas. Trotz deren Grösse und Demokratiedefizite werden China und Indien als wichtige Handelspartner anerkannt. Vertiefte Handelsbeziehungen will die Bevölkerung also auch mit Ländern, die zwar nicht ihre Werte teilen, die jedoch zumindest als zuverlässig wahrgenommen werden. Mehr Distanz wünscht sich eine Mehrheit dagegen gegenüber den Grossmächten USA und Russland.

Dass die Schweizer Bevölkerung auf die inneren Stärken ihres Landes vertraut, mag zu einer gewissen Nonchalance gegenüber äusseren Bedrohungen führen. Das Vertrauen in die Resilienz der Schweizer Demokratie und Wirtschaft ist heute aus Sicht der Mehrheit jedoch ein Fundament für mehr Kooperation statt Isolation.

Sechs Handlungsempfehlungen

1. Strategische Partnerschaften und flexible Neutralität verbinden

Die Kooperation mit Nachbarländern, der EU und gleichgesinnten Demokratien ist gezielt auszubauen. Eine Mehrheit unterstützt eine Neutralität mit Spielraum. Neben Europa bieten sich vertiefte Partnerschaften etwa mit Kanada, Japan, Singapur oder Australien an. Ziel ist eine kooperationsbereite, souveräne Neutralität mit erweitertem Handlungsspielraum.

2. Aussenwirtschaft interessengeleitet und strategisch ausrichten

Freihandelsabkommen sichern Wohlstand und Resilienz der Schweiz. Umweltstandards und Menschenrechte bleiben dabei wichtige Kriterien. Priorität hat jedoch eine pragmatische, klar interessengeleitete Aussenwirtschaftspolitik, die wirtschaftliche Stabilität stärkt, Wirtschaftswachstum fördert, Risiken reduziert und einseitige Abhängigkeiten vermeidet.

3. Technologische Souveränität systematisch stärken

Investitionen in Rüstungs-, Sicherheits- und dual-use-Technologien stärken die Verteidigungsfähigkeit und Innovationskraft zugleich. Politische und regulatorische Hürden für Forschung, Entwicklung und Produktion sind zu überprüfen und gezielt abzubauen. Technologische Eigenständigkeit wird zunehmend zu einem Kernbestandteil nationaler Resilienz.

4. Verteidigungsfähigkeit glaubwürdig herstellen

Die Schweiz muss ihre Verteidigungsfähigkeit konsequent modernisieren – gegenüber konventionellen wie hybriden Bedrohungen. Unsere Souveränität ist eng mit der europäischen Sicherheit verknüpft. Dauerhaftes Trittbrettfahren werden unsere europäischen Nachbarn nicht akzeptieren – ebenso wenig wie die USA. Bis 2030 sollte das Armeebudget schrittweise in Richtung 2 % des BIP nach den Bedürfnissen der Armee erhöht werden.

5. Innere und äussere Sicherheit zusammendenken

Kriminalität, Gewalt, Cyberbedrohungen und geopolitischer Druck stehen nicht isoliert nebeneinander – sie beeinflussen das Sicherheitsgefühl im Innern und die Handlungsfähigkeit nach aussen. Innere und äussere Sicherheit müssen daher strategisch gemeinsam gedacht werden. Prävention und Rechtsdurchsetzung müssen sichtbar sein. Eine jährliche öffentliche Lagebeurteilung durch Bundesrat und Behörden stärkt Vertrauen und Orientierung.

6. Resilienz institutionell verankern

Resilienz umfasst Sicherheit, Rechtsstaat, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zur besseren Koordination strategischer Fragen sollte die Schweiz einen Nationalen Sicherheitsrat schaffen – im Einklang mit den Zielsetzungen der «Sicherheitspolitischen Strategie 2026» des Staatssekretariats für Sicherheit. So werden strategische Entscheidungen kohärenter, interdisziplinärer, vorausschauender und effizienter abgestimmt.

Datenerhebung und Methode

Die Daten wurden zwischen dem 18. November und 15. Dezember 2025 erhoben. Die Grundgesamtheit der Befragung bildet die sprachlich integrierte Wohnbevölkerung der Deutschschweiz und der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Die Befragung erfolgte über das Online-Panel von Sotomo und Watson, sowie den Newsletter von Strategiedialog21. Nach Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 5 249 Personen für die Auswertung verwendet werden.

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selbst rekrutieren (opt-in), können Verzerrungen in der Zusammensetzung der Stichprobe auftreten. Es werden deshalb statistische Gewichtungsverfahren angewendet, damit die Stichprobe hinsichtlich zentraler soziodemographischer Merkmale der Bevölkerung entspricht. Folgende Merkmale wurden bei der Gewichtung berücksichtigt: Geschlecht, Alter, Bildung, politische Variablen (Abstimmungen und Parteipräferenz) und Sprachregion. Dieses Vorgehen gewährleistet eine hohe Repräsentativität der Wohnbevölkerung der Schweiz. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95-Prozent-Konfidenzintervall (für 50-Prozent-Anteil) +/-1.4 Prozentpunkte.

80%

glauben nicht, dass die Schweizer Armee gerüstet ist, einen hybriden Angriff abzuwehren. 73% sind der Ansicht, dass sie gegen einen konventionellen Angriff nicht verteidigungsfähig ist.

82%

nehmen eine hohe Übereinstimmung der Grundwerte der Schweiz mit jenen Nord-, West- und Mitteleuropas wahr.

58%

nehmen eine negative Entwicklung des Ansehens der Schweizer Neutralität im internationalen Umfeld wahr.

76%

befürworten neue Freihandelsabkommen, jedoch nicht bedingungslos: Mindeststandards beim Schutz von Menschenrechten und Umwelt sollen eingehalten werden müssen.

56%

möchten eine stärkere sicherheitspolitische Kooperation mit der EU und 53% mit der NATO. 72% wollen mehr Kooperation mit den Nachbarländern.

80%

möchten, dass die Schweiz in Rüstungs- und Sicherheitstechnologien investiert, die auch zivil nutzbar sind. 58% sind der Ansicht, dass die Schweiz politische Hindernisse reduzieren soll, um die eigene Rüstungsindustrie zu stärken.

